Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 11¼ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1¼ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 287. Morgen-Ausgabe. Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 23. Juni 1865.

Bekanntmachung,

betreffend die Verloosung Niederschlesisch-Märkischer Eisenbahn-Stamm-Actien und Prioritäts-Obligationen.

Die von den Stamm-Actien und Prioritäts-Obligationen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn statutenmäßig zu tilgenden

897	Stück Stamm-Actien	. . . . .	à 100 Thlr.
201	„ Prioritäts-Obligationen	Ser. I.	à 100 „
400	„ „ „	„ II.	à 50 „
94	„ „ „	„ IV.	à 100 „

werden am 1. Juli d. J., Mittags 12½ Uhr, in unserem Sitzungs-Zimmer, Oranienstraße Nr. 92, in Gegenwart eines Notars öffentlich verloost und demnächst bekannt gemacht werden.

Berlin, den 18. Juni 1865.

Haupt-Verwaltung der Staatsschulden.
(gez.) Gamet.

Die Militärfrage in der letzten Session.

Der Irrthum, als sei die Militärfrage der Conflict selbst, als seien deßhalb mit ihrer Beilegung der innere Friede und ein gesichertes Verfassungsleben herzustellen, ist in Preußen endlich der Ueberzeugung gewichen, daß die Armeeeinrichtungen weder das Uebel, noch die Ursache des Uebels, sondern nur eines der zahlreichen Symptome sind. Die Krankheit liegt tiefer, sie besteht in den absolutistischen Bestrebungen der Reaction. Nur weil sie auf dem Gebiete der Militärverwaltung zuerst wieder ausgebrochen ist, konnte jener Irrthum auftauchen und lange Zeit vom Volke gehegt werden. In Wirklichkeit handelt es sich viel weniger um die Frage: ob Reorganisation, oder die alte, aus den Erfahrungen großer Kriege hervorgangene, heute noch gesetzliche Wehrverfassung; sondern um das Dilemma: ob Constitutionalismus, oder mehr oder weniger verschämter Absolutismus.

Hätte die Regierung verstanden, jenen Irrthum zu conserviren, so konnte die Krisis einen für uns bedenklichen Verlauf nehmen. Vielleicht wäre das Volk nach wenigen Jahren müde geworden, sich durch den Streit um die Heereseinrichtung den Segen des Verfassungslebens beschränken oder ganz rauben zu lassen; vielleicht hätte es geglaubt, durch Bewilligung der Mehrkosten der Reorganisation und verlängerte Dienstzeit ein liberales System erkaufen zu können. Glücklicherweise, wenn auch wahrlich nicht zur Freude der jetzigen Generation, zeigten sich dieselben Symptome bald am ganzen Staatskörper. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, in der Communal-Verwaltung, der Beamtenhierarchie, in Schule, Kirche, Finanz- und Steuerwesen, kurz überall und allenthalben zeigte die Regierung klar und deutlich, wohinaus sie wollte. Der gefährliche Irrthum über die Militärfrage schwand, wenn auch nur langsam. Er ist hoffentlich jetzt ganz überwunden. Es wird nach den Erfahrungen der letzten Session wohl niemand mehr zweifeln, daß die Bewilligung aller für die Reorganisation geforderten Opfer an Steuern und Menschenkräften, ja, noch weit größerer Opfer nicht hinreicht, uns auch nur einen Schritt vorwärts zu bringen auf der Bahn zum wahren Constitutionalismus; daß wir letzteren überhaupt nicht *erkaufen*, sondern die Verfassung nur dann zu einer Wirklichkeit machen können, wenn wir den gegenwärtigen Conflict *auskämpfen*. Hätte die abgelaufene Session nur das Eine bewirkt, den mehrjährigen Irrthum zu vernichten, die wahre Bedeutung des Conflictes zur allgemeinen Ueberzeugung zu machen: sie würde schon deshalb von unschätzbarem Segen für die künftige Entwickelung unseres Verfassungslebens sein.

Jemehr aber die volle Bedeutung des inneren Kampfes zu Tage tritt, desto geringer wird die verhältnißmäßige Bedeutung der Militärfrage. An sich zu einer bisher nicht gekannten Höhe steigend, trat der Streit über die Armeeorganisation zurück hinter die Debatten, welche die Budgetfrage zum Kern hatten: so über den Generalbericht der Budget-Commission, die Eisenbahnvorlagen, die Gebäudesteuer-, Anleihe- und Kriegskostenfrage. Ja, die Debatten über die Militärfrage selbst fanden ihren Schwerpunkt nicht mehr in der militärischen, sondern in der legislativen Seite der Frage; es kann fortan kein vereinzelter Compromiß über die Zahl der Bataillone, den Präsenzstand, die Dienstzeit u. s. w. eintreten; erst wenn über Sein oder Nichtsein unserer Constitution entschieden wird, erfolgt auch die Beilegung der Militärfrage. Nachdem diese Erkenntniß klar liegt, giebt es in dieser Frage nur zwei Parteien: eine Verfassungs- und eine absolutistische Partei. Die liberalen Parteien im Abgeordnetenhause, wie im Lande sind in dieser Hinsicht zu *einer* großen Partei verschmolzen, haben sogar noch einige Elemente aus der katholischen Fraction an sich gezogen. Die Militärvorlage und das Militärbudget sind noch niemals mit einer verhältnißmäßig so großen Majorität verworfen worden, wie in der gegenwärtigen Session.

Die Militärfrage war bisher eine Achillesferse des Abgeordnetenhauses, weil die Ansichten der liberalen Parteien weit differirten von der vollen Anerkennung der Reorganisation bis zur Vertheidigung des schweizerischen Wehrsystems. Gerade beim Beginn der Session traten diese Differenzen besonders lebhaft hervor, da die Manchestermänner den neuen Plan ausgeheckt und in mehreren Zeitschriften befürwortet hatten: die volle Reorganisation zu bewilligen, der Regierung bei Festsetzung der Aushebungszahl und der Dienstzeit völlig freie Hand zu lassen, und nur den Präsenzstand, und zwar um ein Geringes niedriger, als der jetzige ist — gesetzlich zu fixiren.

Wir haben dieses Project wiederholt bekämpft, weil wir in der Verwirklichung desselben eine größere Gefahr sehen, als in der Fortdauer der jetzigen Zustände. Das Thörichte der Annahme, als ob sich durch den Vorschlag auf Umwegen die zweijährige Dienstzeit einführen lasse, liegt für jeden zu Tage, der die Geschichte der letzten Jahre aufmerksam durchlebt hat, der überhaupt den Geist unserer Militärverwaltung kennt. Dennoch wurde der Plan der Gegenstand ernster Erwägungen. Namentlich beriethen die Abgeordneten der Fortschrittspartei um Mitte Dezember in Berlin, ob sich die Einbringung eines derartigen Gesetzentwurfes in der bevorstehenden Session empfehlen würde. Die Frage wurde mit „Nein" beantwortet; der Entwurf wäre aber doch wohl eingebracht worden, wenn die Regierung auch nur um eines Haares Breite von ihren Forderungen nachgelassen hätte.

Statt dessen hat sie dieselben in die Höhe geschraubt: der Militär-Etat war um mehrere Millionen höher angesetzt, die dreijährige Dienstzeit wurde vollends durchgeführt, und für die nächsten Jahre eine neue Steigerung des Militäretats durch Umformung der Festungs-Artillerie und Errichtung neuer Cavallerie-Regimenter angekündigt. Mehr noch: die Regierung bestritt der Landesvertretung das Recht, über den Präsenzstand, die Aushebungs-Ziffer, die Cadreszahl, überhaupt über die Organisation der Armee mitzusprechen, und wollte nur eine gesetzliche Mitwirkung bei Feststellung der Dienstzeit zulassen. Das Ministerium griff also weit über die Grenzen hinaus, welche das absolute Königthum sich in den Gesetzen von 1814, 1815 und 1819 gestellt hatte. *Friedrich Wilhelm III.*, der unbeschränkte Monarch und sein nicht verantwortliches Ministerium, hatten es für nöthig gehalten, sich in einzelnen Zweigen der Militärverfassung selbst die Hände zu binden und bestimmte Aenderungen nicht ohne Zustimmung einer künftigen Landesvertretung zu unternehmen. Herr v. Roon erklärte, daß nur die Dienstzeit ein Gegenstand parlamentarischer Verhandlungen werden könne, in allen anderen Zweigen der Militärverwaltung aber sich die Regierung unbeschränkte Befugniß vorbehalte.

Nichts war geeigneter, jeden Irrthum über die Endziele des jetzigen Systems zu erhalten, als diese kategorische Erklärung des Ministers. Und sie hat gewirkt, wie die Abstimmung über den Militäretat zeigt.

Breslau, 22. Juni.

Die offiziöse „Prov.-Corresp." ergänzt und vervollständigt die Rede, mit welcher das Ministerium den Landtag entlassen hat. Wenn das Ministerium wenigstens anerkannte, daß durch das Zusammenwirken mit dem Landtage doch einige heilsame Gesetze und Maßregeln in's Leben getreten seien, so läßt die „Prov.-Corresp." an dem Abgeordnetenhause, so zu sagen, kein gutes Haar. Nicht nur, daß es dem Lande keinen Segen gebracht, sondern es ist „geradezu verderblich und immermehr eine Quelle der Gefahren und der schwersten Besorgnisse für die öffentliche Wohlfahrt geworden." Da bleibt der Regierung freilich nichts Anderes übrig, ja es ist sogar — wie die „Prov.-Corresp." hochtragisch meint — ihre schwere Pflicht, mit dem Abgeordnetenhause ein Ende zu machen. Möge die Regierung allein regieren! das ist der Refrain aller Stoßseufzer und Lamento's der „Prov.-Corresp." Wenn dann das edle Blatt zugleich auch die öffentliche Meinung allein macht und vertritt, so wird endlich die glückliche Zeit eintreten, in welcher man die Opposition nur noch von Hörensagen kennt. Jetzt freilich ist es sehr betrübend, daß selbst ganz conservative Kreistage von der „Prov.-Corresp." Nichts mehr wissen wollen.

Die letzte Nummer des offiziösen Blattes bespricht auch den Stand der *schleswig-holsteinischen Angelegenheiten*, ohne jedoch etwas Neues beizubringen; die fortdauernde Anwesenheit des Erbprinzen *von Augustenburg* macht dem Blatte schrecklich viel Sorgen; es schreibt in dieser Beziehung:

„Von anderer Seite scheinen jedoch dem Zusammentritt der schleswig-holsteinischen Landesvertretung noch erhebliche Hindernisse bereitet zu werden: nämlich von Seiten des Erbprinzen von Augustenburg, dessen bisher geduldeter Aufenthalt in Kiel während der Verhandlungen mit den Ständen nicht ferner zulässig erscheint.

Die preußische Regierung hat diese Ueberzeugung aus allgemeinen politischen Gründen schon früher geltend gemacht; sie hat es neuerdings auch als eine Forderung der Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber dem Großherzog von Oldenburg erkannt, daß den Umtrieben der Anhänger des Erbprinzen in den Herzogthümern entschieden entgegengetreten und namentlich dem Einfluß derselben auf die bevorstehenden Berathungen vorgebeugt werde. Unsere Regierung hält daher die Entfernung des Prinzen während der Zeit der Ständeversammlung für eine berechtigte Forderung.

Die österreichische Regierung hat sich dieser Auffassung bisher nicht angeschlossen: sie scheint über die augustenburgischen Parteiumtriebe in Schleswig-Holstein nicht genügend unterrichtet zu sein und glaubt dieselben in Abrede stellen zu können. Es ist jedoch anzunehmen, daß sie sich in Folge weiterer Erörterung dem Gewicht der Thatsachen und der entschiedenen Ueberzeugung der preußischen Regierung nicht verschließen und demgemäß die Hand dazu bieten werde, das letzte Hinderniß der Berufung der schleswig-holsteinschen Stände beseitigen zu helfen."

Im Gegentheil, es sieht gar nicht so aus, als wolle Oesterreich in diesem Punkte nachgeben; wenn nicht Alles trügt, wird sich Preußen wohl den Erbprinzen gefallen lassen müssen. Der „D. A. Z." wird aus Wien geschrieben, daß Hr. v. *Wydenbrugk*, der Vertreter der Interessen des Herzogs von Augustenburg am wiener Hofe, die ganz bestimmte Versicherung des Grafen Mensdorff entgegengenommen hat, die österreichische Regierung werde nicht allein dessen fortgesetztem Aufenthalt in den Herzogthümern ihrerseits kein Hinderniß in den Weg legen, sondern auch nicht zugeben, daß von anderer Seite her ihm Schwierigkeiten bereitet würden, sie versehe sich aber dagegen alles Ernstes zu dem Herzog, daß er, um den diesfälligen Dispositionen zu Hilfe zu kommen, sorgsam bestrebt sein werde, sich jeder politischen Action zu enthalten, welche zu berechtigten Beschwerden, sei es der übrigen Thronbewerber, sei es der faktischen Inhaber der Landesherrlichkeit, Anlaß geben könnte, und daß er speziell auf die bevorstehenden Wahlen keinen Einfluß zu nehmen suche, der auch nur den Schein einer Fälschung der Stimme des Landes begründe.

Nun, diese Enthaltsamkeit wird dem Erbprinzen von Augustenburg nicht schwer werden, denn die Passivität scheint ein charakteristischer Zug seines Charakters zu sein. Die Zusammenkunft des Kaisers von Oesterreich und des Königs von Preußen soll in Karlsbad doch wieder möglich sein, falls es der Diplomatie gelingt, sich vorher über gewisse Punkte zu verständigen. Wahrscheinlich gehört zu diesen Punkten die Frage der Anwesenheit des Augustenburgers in Holstein. Uebrigens ist man in Wien nach dem Inhalt der offiziösen Correspondenzen sehr erstaunt darüber, daß von Berlin aus dieser beabsichtigten Zusammenkunft überhaupt eine politische Bedeutung beigelegt wird, dort meint man, für eine Zusammenkunft der beiden Monarchen bedürfe es gar keiner politischen Zurüstungen.

Eine eigenthümliche Illustration des *deutschen Patriotismus* der Oesterreicher bringt die „Hess. Landesztg."; es wird ihr nämlich aus Darmstadt geschrieben:

„Den guten patriotischen Sinn der „deutschen Brüder" in Oesterreich mag das neuerdings erfolgte Urtheil des österreichischen Prisengerichts in Triest darthun. Durch dasselbe werden die *Schleswig-Holsteinern gehörigen Schiffe*, welche vom dänischen Kapitän Hammer weggenommen und welche später von Oesterreichern wiedererobert worden waren, *als gute Prise der Oesterreicher erklärt*. Also das befreite Eigenthum der befreiten deutschen Brüder in Schleswig-Holstein wird von den deutschen Brüdern in Oesterreich den armen Eigenthümern weggenommen und dies von Rechts wegen!!! Die practische Folge dieses herrlichen Urtheils ist, daß die von den Dänen ausgesogenen Herzogthümer *ihr Eigenthum von ihren Landsleuten wieder zurückkaufen müssen*."

Wir hoffen, daß die österreichischen Blätter in der Lage sein werden, diese Mittheilung auf das Entschiedenste desavouiren zu können.

Gestern theilten wir an dieser Stelle nach der „Köln. Ztg." mit, daß sich der österreichische Botschafter in Rom, der vielgewandte Frhr. v. Bach, in die Verhandlungen, welche zwischen dem Königreich *Italien* und dem heiligen Stuhle schweben, gemischt habe. Wie bereits telegraphisch gemeldet, wird dies von der österr. „Gen.-Corr." widerlegt; sie schreibt:

Durch zuverlässige Mittheilungen sind wir in Stand gesetzt, die Darstellung, welche die „Köln. Ztg." vom 20. Juni unter der Ueberschrift „Oesterreich und die römischen Unterhandlungen" bringt, soweit darin von einer Betheiligung des k. k. Botschafters, Freiherrn v. Bach, die Rede ist, als eine reine Erdichtung zu bezeichnen.

Ob die Verhandlungen noch weiter fortgeführt werden oder, wie es gestern hieß, wirklich gescheitert sind, darüber liegen heute weitere Nachrichten nicht vor.

Sehr erfreut ist man in *Italien* über die günstige Haltung, welche die *deutsche Presse* gegenüber den Zollunterhandlungen mit Italien allgemein beobachtet. Die Regierung sowohl wie die öffentliche Meinung sind, wie man der „K. Z." aus Florenz schreibt, einer freundschaftlichen Stellung zu Deutschland sehr geneigt. Die volkswirthschaftlichen Grundsätze, welche die Politik Italiens bestimmen, sind so liberal als nur irgend möglich. So hat Italien in seinen jüngst mit Frankreich, Belgien u. s. w. abgeschlossenen Verträgen diesen Landen die Behandlung als meist begünstigte Nation zugestanden, ohne besondere Compensationen dafür zu verlangen. Italien macht nur die eine Bedingung, daß alle Vergünstigungen, die später einmal anderen Nationen gewährt würden, auch seinem Handel nicht vorenthalten werden. Die Schutzzöllnerei ist in Italien so gut wie ohne jeden Anhang und der Freihandel ist so zu sagen eine Maxime des öffentlichen Rechtes geworden. Die häufigen Zollermäßigungen, welche Italien anderen Nationen gewährt, würden somit ipso facto auch Deutschland zu Gute kommen, ohne daß dieses sich zu etwas Anderem zu verpflichten hätte, als daß es Vergünstigungen, die ihm beliebte, anderen Ländern zu gewähren, auch auf Italien ausdehnte. Auch muß bestätigt werden, daß man bei dieser gegenwärtigen Gelegenheit sein Möglichstes thun wird, weil man allgemein das größte Gewicht auf das Zustandekommen einer Vereinbarung mit Deutschland legt. Man darf es in Deutschland nicht übersehen, daß deutsche Schule, deutsches Wissen und deutscher Geist in Italien so heimisch sind, daß sie auch hierbei Einfluß üben. Die Bewegung der Geister in Florenz, Neapel und insbesondere in Bologna wird entschieden von der Strömung deutscher Ideen beeinflußt. Da Preußen seinerseits den besten Willen an den Tag legt, so fragt es sich bloß noch, ob die deutschen Regierungen auf Kosten ihrer Handels- und Fabrik-Interessen auch fürderhin österreichischer sein wollen, als die österreichische Regierung.

Paris muß jetzt ein eigenthümliches Aussehen haben; mit Ausnahme der glücklich situirten Minorität, der Equipagenbesitzer, können die Pariser nicht fahren; weder Droschken noch Omnibusse lassen sich auf den Straßen sehen; die Arbeitseinstellung ist eine vollständige; auch am Sonntage sind die Wagen der Compagnie imperiale nicht auf den Straßen erschienen. Nur einige wenige derselben, die man von Stallknechten und Kutscher-Lehrlingen führen ließ, versehen den Dienst an den Eisenbahnen. Der größte Theil derselben kennt aber nicht Paris, und sie sind genöthigt, sich von den Stadtsergeanten oder den Reisenden, wenn sie zufällig Paris kennen, den Weg zeigen zu lassen. Die Pariser, von denen ein großer Theil um ihr Sonntags-Vergnügen gekommen ist, oder welche, wenn sie das nicht wollten, sich zu Fuß aufs Land begeben und so ihre Amüsements theuer erkaufen mußten, lachen nicht mehr. Paris ist jetzt seit vier Tagen ohne Wagen, und durch den Mangel an Transportmitteln liegen viele Geschäfte ganz darnieder. Die Theater werden fast nicht besucht; dieselben schließen erst um 12 Uhr, und bei den großen Entfernungen in Paris will Niemand, besonders der weibliche Theil der pariser Bevölkerung nicht, riskiren, nach Mitternacht eine oder zwei Stunden zu Fuß machen zu müssen. Die Restaurationen, besonders die auf dem Lande, im Bois de Boulogne und in den Champs Elysée's, verlieren bis 1000 Franken per Tag, was sich leicht begreift, da diese nicht allein nichts verdienen, sondern ihnen auch die für den Tag gekauften Lebensmittel zu Grunde gehen. Von den anderen Geschäftsstörungen wollen wir nicht weiter sprechen und nur hinzufügen, daß die Verluste, welche die pariser Geschäftswelt seit vier Tagen gehabt, sich nach Hunderttausenden berechnen lassen. Wie aus der Erklärung des „Constitutionnel" hervorgeht, will die Regierung passiv bleiben, da sie sich nicht in die Coalitions-Angelegenheiten mischen könne. Man erwartet freilich nicht, daß sie die Kutscher in der Ausübung eines ihnen gesetzlich zustehenden Rechtes störe, aber man fordert von ihr, daß sie gegen das Monopol einschreite, wodurch die Gesellschaft das Recht hat, Paris mit Wagen zu versehen. Freilich muß man sich dadurch selbst eine Ohrfeige versetzen, indem das Monopol seit 1852 verliehen worden ist, und darum kommen die officiellen Berathungen zu keinem Ziele. Der Ministerrath, welchem die Präfecten Haußmann und Pietri anwohnten, berieth lange über diese Frage, und der vom Kaiser ernannte Gemeinderath, der den Vertrag betreffs der Verleihung des Monopols gebilligt hat, wie er überhaupt alles billigt, was man ihm vorlegt, hielt am Sonntag seine vierte Sitzung, ohne einen Beschluß zu fassen. Ducoux, der Gerant der Gesellschaft, und Pereire, der Gründer und Hauptmatador derselben, waren am Montag beim Kaiser, um — dessen Intervention gegen die Kutscher anzurufen. Diesem Verlangen wurde nicht entsprochen; ein Einschreiten gegen die Kutscher zu Gunsten der Gesellschaft würde ganz Paris mit Entrüstung erfüllen. Die Journale, selbst die „Patrie", treten bei dieser Gelegenheit sehr heftig auf, und greifen nicht allein die Gesellschaft, sondern auch die Verwaltung auf höchst scharfe Weise an. Der „Temps" weist darauf hin, daß der Senator und Polizei-Präfect Pietri mit Zustimmung der Regierung den Vertrag unt

schrieb und die vom Kaiser ernannten Gemeinderäthe denselben ratificirten. Wenn diese Räthe -- fügt er hinzu — von den Parisern gewählt wären, so müßten sich dieselben die Dummheit ihrer Vertreter schon gefallen lassen: so aber sei es die Pflicht der Regierung, Abhilfe zu treffen und entweder das Monopol abzuschaffen, oder die, welche es in Händen haben, zu zwingen, die Forderungen der Kutscher zu erfüllen. In Paris selbst ist natürlich von nichts die Rede, als von dieser Angelegenheit. Sie greift zu sehr in das ganze Leben ein, als daß es anders sein könnte.

Aus **Amerika** theilen wir unten die Zeugen-Aussagen aus dem Monstre-Prozesse mit; darnach scheint Jefferson Davis allerdings von dem Mordplane gegen Lincoln ꝛc. mehr gewußt zu haben, als man nach seiner Stellung hätte erwarten sollen. Sonst sind Nachrichten von Wichtigkeit aus Amerika nicht eingegangen, eben so wenig aus England.

Preußen.

Berlin, 21. Juni. [Zur etwaigen Octroyirung eines Wahlgesetzes] wird der „Rh. Z." geschrieben: Daß die bestehenden Wahlgesetze in jüngster Zeit unsere Staatslenker wieder einmal beschäftigt haben, ist richtig. Sowohl im Ministerium des Innern wie im Justizministerium ist die Frage, welche Veränderung am bisherigen Wahlverfahren am meisten geeignet sein könnte, die ministerielle Fraction im Abgeordnetenhause zu stärken, erörtert worden. Da aber den betreffenden Räthen aufgegeben war, sich auf eine ersprießlichere Auslegung der unveränderten Gesetze, also sich auf solche Vorschläge zu beschränken, deren Ausführung mit dem Wortlaute der bestehenden Gesetzgebung vereinbar wäre, so konnte ihnen eine Entdeckung, welche das ersehnte Wunder zu thun geeignet wäre, noch nicht gelingen. Bekanntlich ist die Octroyirung eines Wahlgesetzes nach der Verfassung, wie wir sie wenigstens verstehen, nicht zulässig. Damit ist nun freilich nicht gesagt, daß das Ministerium und das Herrenhaus nicht auch in diesem Punkte zu einem ganz entgegengesetzten Verständniß gelangen, aber so viel dürfen wir aus dem Mitgetheilten doch schließen, daß zur Zeit auch an höchster Stelle die Octroyirung eines Wahlgesetzes noch keinen Beifall findet. In politischen Kreisen ist gleichwohl schon der Fall erwogen worden, daß die Bedenken gegen eine Octroyirung beschwichtigt werden sollten. So weit unsere Erkundigungen reichen, ist die Ansicht vorherrschend, daß die Taktik, welche im Sommer 1849 der demokratischen Partei als Ehrenpflicht geboten zu sein schien, sich im Jahre 1865 der Partei des bürgerlichen Staates schwerlich empfehlen dürfte. Von eigentlichen Parteibeschlüssen kann, wie wir dies, um jedes Mißverständniß auszuschließen, noch bemerken, natürlich nicht die Rede sein, schon deshalb nicht, weil ein Organ, welches für die Partei zu beschließen hätte, überall nicht vorhanden ist, und auch eine so allgemeine Discussion, daß sie als eine Aeußerung der gesammten öffentlichen Meinung gelten könnte, über diesen Gegenstand noch nicht stattgefunden hat; aber auch abgesehen hiervon würde es unmöglich sein, eine Entschließung für alle Fälle im voraus zu treffen, eben weil sich nicht alle Fälle voraus erwägen lassen. Ohne also Allem, was im engeren Vaterlande heutigen Tages als Möglichkeit gedacht werden könnte, damit vorsehen zu wollen ist unsere Ansicht, daß die constitutionelle Partei in Preußen auch vor einem octroyirten Wahlgesetze nicht erschrecken dürfe, vielmehr daß sie gerade dadurch am kräftigsten und erfolgreichsten einem solchen Dinge zu Leibe gehen würde, daß sie es, so weit wie ihr irgend möglich, benutzte, um zum Worte zu gelangen. Mit Protesten, oder gar mit einem Rückzug in den Schmollwinkel, ist da Nichts zu gewinnen. Selbst gegen ein verfassungswidriges Wahlgesetz protestirt man am stärksten, indem man mittelst desselben gerade die wählt und wieder wählt, deren Ausschließung mittelst der Octroyirung beabsichtigt wurde.

Bonn, 21. Juni. [Im Verfolg des Ritschl-Jahn'schen Streites an unserer Universität] haben mehrere Zeitungen die Nachricht verbreitet, daß vier Mitglieder unserer philosophischen Facultät (Brandis, v. Sybel, Springer, Lipschitz) bei dem Ministerium eine Denunciation gegen Professor Ritschl eingereicht, und dadurch eine Untersuchung gegen denselben veranlaßt hätten. Der Verlauf der hier in Rede stehenden Verhandlung kann im Einzelnen von den Betheiligten nach deren amtlicher Verpflichtung nicht veröffentlicht werden; indeß reicht zur Würdigung jenes Vorwurfs hin, folgenden Thatbestand zu constatiren. Die vier Mitglieder haben sich zu jener Eingabe entschlossen, in Folge mehrerer Maßregeln des Dekans und der Fakultät, welche der Minorität als prinzipiell erhebliche Verletzungen sowohl des Rechtszustandes der Corporation als einzelner Mitglieder derselben, erschienen. Sie haben ihre Eingabe abgesandt, nachdem sie im Schoße der Fakultät zuerst Rechtsverwahrung eingelegt und dann, für den Fall einer bestimmt angegebenen und gleich nachher eingetretenen Eventualität, in Bezug auf mehrere ebenfalls bestimmt angegebene Punkte, sich die Anrufung der höheren Instanz ausdrücklich vorbehalten hatten. Offenbar kann von einer Denunziation nicht die Rede sein, wenn über Absicht und Inhalt einer bevorstehenden Rechtsberufung alle Betheiligten ausdrücklich unterrichtet waren. (N. Z.)

Deutschland.

München, 17. Juni. [Universität.] Durch Beschluß des Cultusministeriums werden aus der bisherigen philosophischen Fakultät unserer Hochschule zwei selbstständige Fakultäten gebildet, deren eine Philosophie, Philologie und Geschichte und deren Abzweigungen und Hilfswissenschaften, die andere die sämmtlichen naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächer umfassen soll. Eine ähnliche Theilung der philosophischen Fakultät wird in Beziehung auf die Universität Würzburg beabsichtigt.

Aus Baiern, 15. Juni. [In Bezug auf den Handelsvertrag mit Italien] läßt sich die sonst bekanntlich stark schwarzgelb gefärbte „Frankf. Postztg." schreiben: „Die Frage über den italienischen Handelsvertrag ist ziemlich unerwartet an die Zollvereins-Staaten herangetreten, denn Niemand hatte bisher eine Ahnung davon, daß die Präliminarien zwischen Berlin und Turin schon so weit vorgeschritten seien. In unseren Regierungskreisen scheinen die Ansichten über die Räthlichkeit eines solchen Vertrages getheilt zu sein, die Bedenkeu sind aber nicht commercieller, sondern nur politischer Art, d. h. man möchte gern die Anerkennung des Königreichs Italien vermeiden. Wollte die Regierung diesen Standpunkt festhalten, so würde sie gewiß in der Kammer und in der Presse einen schweren Kampf zu bestehen haben, denn nicht nur die Fortschrittspartei, sondern auch viele conservative Politiker und die ganze Geschäftswelt sind für den Vertrag. In Bezug auf die Anerkennung des Königreichs Italien ist die öffentliche Meinung vollständig gleichgiltig, und nur ein Theil der clericalen Partei scheint derselben abgeneigt zu sein. Wenn die Regierung diese Verhältnisse und die aus der Sache selbst für das Zustandekommen eines Handelsvertrages hergeleiteten Gründe in nähere Erwägung zieht, so wird sie wohl die entgegenstehenden individuellen Ueberzeugungen zum Opfer bringen. Ein anderes Verfahren würde sich auch nicht einmal als praktisch erweisen, weil es kaum möglich erscheint, daß Baiern ohne die größten Nachtheile das gegenwärtige Verhältniß für die Dauer aufrecht zu erhalten vermag. Wir glauben deshalb, daß man in München unter gewissen Vorbehalten die Zustimmung für die Verhandlungen mit der italienischen Regierung ertheilen wird."

Baden, 19. Juni. [Die Saison] stellt sich dieses Jahr etwas später ein, und man fürchtet — oder hofft, daß die strengen Maßregeln, welche man im vorigen Jahre gegen die Extravaganzen der **Demi monde** zu nehmen genöthigt war, einen großen Theil dieser Gesellschaft fern halten werden. Dieselbe scheint sich Wiesbaden und Homburg zum Schauplatz ihrer Genialitäten auswählen zu wollen. Baden aber wird durch den Reinigungs-Prozeß nichts verlieren. Es bereitet sich damit geeignet auf die Zeit vor, wo die Spielhölle ganz geschlossen werden soll. Die vielfachen Interessenten glauben zwar steif und fest, der Beschluß werde nicht zur Ausführung kommen; wir haben zu der Würde der Regierung und der Kammer besseres Vertrauen und sind überzeugt, daß sie ihn vollständig aufrecht erhalten werden. Das Jahr 1867 wird diesen herrlichsten Badeort Deutschlands in frisch gewaschener Unschuld begrüßen. Das Leben wird vielleicht einfacher, aber echter und gemüthlicher werden. (K. Z.)

Leipzig, 19. Juni. [Geheimerath Professor Ritschl in Bonn] hat wirklich den Ruf an die hiesige Universität angenommen. Hier wird man den ausgezeichneten Philologen mit offenen Armen aufnehmen. Bei dieser Gelegenheit sei noch auf eine Flugschrift verwiesen, die soeben unter dem Titel: „Das Ende der bonner Philologenschule" hier eintraf (Köln, Verlag von Schmitz). (Fr. J.)

Leipzig, 21. Juni. [Die Ankunft des Königs von Preußen] auf seiner Durchreise nach Karlsbad erfolgte, wie vorher bestimmt war, heute Vormittag um 11 Uhr 10 Miu. Der Monarch, in dessen Begleitung sich zahlreiche hohe Militärs, unter andern der Generaladjutant Frhr. v. Manteuffel befand, wurde von dem Könige von Sachsen, welcher um 10 Uhr hier eingetroffen und inzwischen im königlichen Palais abgestiegen war, herzlichst und unter wiederholten Umarmungen begrüßt. Die beiden Monarchen verweilten kurze Zeit in den für dieselben bereit gehaltenen Gemächern des Bahnhofs und verabschiedeten sich dann in derselben herzlichen Weise, wie bei der Ankunft. Der König von Preußen mit seinem Gefolge begab sich alsdann nach etwa einviertelstündigem Aufenthalt unter Benutzung der Verbindungsbahn auf den bairischen Bahnhof, von wo er die Reise nach Karlsbad fortsetzt. (D. A. Z.)

Oesterreich.

*** **Wien,** 21. Juni. [Die Anleihedebatte und Hr. von Plener. — Die Staatsschulden-Controlcommission. — Die haute-finance und der Minister.] Wie viel ein Minister „wahrhaft" constitntioneller Staaten an Mißtrauensvoten von Seiten der Volksvertretung ohne erheblichen Schaden für seine Gesundheit und Stellung ertragen kann, das wäre wohl eine akademische Preisfrage. Dennoch meint man, daß die Debatte über das 117-Mill.-Anlehen in dieser Beziehung das non plus ultra liefern und Herrn v. Plener ernstlich in's Wanken bringen dürfte. Nicht als ob wir in die Albernheiten derer einstimmen wollten, welche dem Finanzminister allen Ernstes die Schuld an unserer pecuniären Lage im Großen und Ganzen aufbürden. Das aber kann man auch von einem blos „moralisch-verantwortlichen" Minister der Finanzen verlangeu, daß er unter solchen Umständen die Führung derjenigen Partei übernimmt, welche durch energische Abstriche die Beseitigung des Gebahrungsdeficits im Jahresbudget verlangt, und daß er seinen Collegen die Wahl läßt, zwischen seiner eigenen Demission oder der Annahme jener Reductionen in ihren Departements. Statt dessen hat Herr v. Plener bei der Berathung des Etats für das laufende Jahr, weit entfernt mit der Linken zu gehen, ihr vielmehr bei ihren Ersparungsbestrebungen nach Möglichkeit Knüppel zwischen die Füße geworfen, und dafür wenigstens lastet die Responsabilität, die schwer genug ist, ausschließlich auf seinen Schultern! — In welche Stimmung den Minister die Vorgänge im Finanzausschusse bereits versetzt haben, zeigte sich übrigens schon im Beginn der heutigen Sitzung, als es sich um den ersten Gegenstand der Tagesordnung, den Bericht der Staatsschulden-Control-Commission handelte. Diese Commission besteht zu gleichen Theilen aus Mitgliedern beider Häuser und faßt die meisten ihrer Resolutionen einstimmig. Die in dem heute verlesenen Berichte enthaltenen Angriffe auf die Fianzverwaltung waren nur insofern ein Vorspiel zu der Anleihe-Debatte, als sie eben über alle jene Geld- und Creditoperationen, durch welche Herr v. Plener die Bestimmungen des 64er Etats verletzt und zu deren Ausgleichung ein gutes Theil der jetzigen Anleihe designirt ist, scharfen Tadel verhängten und Rechtfertigung verlangten. Ist von solcher Stelle aus schon ein so herber und ein so consequent fortgesetzter Angriff bedenklich — denn seit Jahren tragen alle Berichte der Commission einen ähnlichen Stempel — dann weiß man vollends nicht, was man dazu sagen soll, wenn die einzige Antwort des Ministers darin besteht: „allen diesen Anträgen liege nur die gehässige Haltung der Staatsschulden-Control-Commission gegen die Finanzverwaltung zu Grunde." Wenn in einem streng gouvernementalen Herrenhause am Ende auch noch die von der Majorität in die Commission gewählten Peers der „Gehässigkeit gegen die Regierung" beschuldigt werden: dann werden wohl nicht mehr viele Leute in Oesterreich leben, gegen die sich nicht zur Noth eine Anklage wegen „Aufreizung zu Haß und Verachtung" formuliren ließe! Uebrigens würden selbst diese Attaquen in einem „wahrhaft" constitutionellen Staate Herrn v. Plener nicht viel schaden. Fällt er, so ist es nicht der Reichsrath, der ihn stürzt: sondern er geht dann, obwohl das Abgeordnetenhaus ihm schon so manches Mißtrauensvotum gegeben, lediglich, weil die haute-finance nichts mehr mit ihm zu thun haben will. Was aber die Banquiers ihm vorwerfen, ist natürlich nicht der Mangel an Wirthschaftlichkeit in seiner Finanzpolitik — nicht daß er Schulden macht, sondern daß er dabei kleinlich zu Werke geht, nicht so „genial" wie ein Bruck, dem die haute-finance den unerhörten Schwindel mit den 111 Millionen Nationalanlehen, die er zu viel emittirt, längst verziehen und vergessen hat. Bruck arbeitete eben noch zu einer Zeit, wo Oesterreich den Cavalier spielen konnte und spielte, dem es auf ein paar Mill. up oder down nicht ankam. Plener operirt wie der Intendant eines großen Hauses, der die Nothwendigkeit fühlt, sich zu rangiren, aber indem er hier und da den Staatsgläubigern ein paar Procente abzwackt, die Rechnungen der subventionirten Bahnen scharf controlirt u. s. w. — erschwert er sich selber die colossalen Anleihen, die er gleichzeitig machen muß. Nicht daß er die Creditoperationen seines Vorgängers fortsetzt, sondern, daß er sie nicht in dessen flotter Weise betreibt, daß er selber sie auf der andern Seite wieder stört durch gewissenhafte Kleinigkeitskrämereien, die das fremde Kapital zurückschrecken, das ist der Aerger unsrer haute-finance. Auch hat der Minister diesen Widerspruch thatsächlich zu verantworten; hier wäre er nur dann loszusprechen, wenn er — statt nur an's Geldbeschaffen zu denken — mit sittlichem Ernste auf der Beseitigung des Deficits bestanden und somit die Nothwendigkeit weiterer Anlehen auf's äußerste beschränkt hätte.

G. C. **Wien,** 21. Juni. [Sitzung des Abgeordnetenhauses.] Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht über die von der Staatsschulden-Controlcommission am 15. Januar, 25. Februar und 10. März 1865 abgestatteten Berichte.

Abg. Brestl referirt: Der Ausschuß schließt sich den meisten der Anträge der Controlcommission an, sieht sich jedoch aus Anlaß des Silberanlehens bemüssigt, darauf aufmerksam zu machen, daß die Controlcommission bei Berechnung der Obligationen, welche in Folge des 1864 bewilligten Credites auszufertigen waren, den bei Begebung der 23½ Millionen an das Consortium erzielten Cours von 77$\frac{1}{10}$ % in effectivem Silber zu Grunde gelegt habe, ohne auf das Agio Rücksicht zu nehmen, wodurch thatsächlich eine Ueberschreitung des bewilligten Credites um den vollen Betrag des Silber-Agios, d. i. um 4 Millionen, stattgefunden habe, ein Vorgang, welchem der Ausschuß nicht zustimmen kann.

Der Ausschuß stellt folgende Anträge: Ein hohes Haus wolle beschließen: Das hohe k. k. Finanzministerium wird aufgefordert:

1) zu rechtfertigen, warum es die durch das Finanzgesetz vom Jahre 1864 vorgeschriebene Veräußerung der mit Depotschulden belasteten Crediteffecten theilweise unterlassen habe;

2) eine rechtfertigende Aufklärung zu geben, warum die durch das Gesetz angeordnete Einziehung von 20 Millionen Gulden Hypothekaranweisungen nicht wenigstens theilweise erfolgt sei;

3) die unterlassene Benützung der in dem Finanzgesetze vom 29. Februar 1864 der Finanzverwaltung behufs der Berichtigung der an die National-Bank zu leistenden Zahlungen zu Gebote gestellten Mittel zu rechtfertigen und das zum Zwecke der Zahlung der am 14. Februar d. J. fällig gewordenen Quote der Staatsgüterschuld an die Nationalbank abgeschlossene Vorschußgeschäft dem Reichsrathe zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen;

4) der Staatsschulden-Controlcommission einen Nachweis über die Summe der bereits verkauften Obligationen des Silberanlehens und den dadurch erzielten Erlös, ferner über den Betrag, um welchen der noch unverkaufte Rest dieser Obligationen verpfändet ist, zu liefern, so wie ihr in Hinkunft alle etwa stattfindenden Veränderungen von Fall zu Fall bekannt zu geben;

5) ferner überhaupt in Hinkunft der Staatsschulden-Controlcommission

---

Friedrich der Große und der Candidat der Theologie Linsenbarth.*)

Die bei Weitem denkwürdigste Ankunft in Berlin ist diejenige Voltaire's, 10. Juli, wenige Tage bevor Hanbury seine erste Audienz von „fünf Minuten Dauer" erhielt. Doch diese Ankunft erfordert ein Kapitel für sich, — die wichtigste Ankunft von allen! Die mindest wichtige hinwiederum ist vermuthlich diejenige des Candidaten Linsenbarth in diesen selbigen Wochen; eines rauhen verarmten alten Candidaten der Theologie, ohne Belang für irgend einen Sterblichen in Berlin oder sonst wo: — auf welchen aber, und auf dessen Begegnisse in besagter Stadt wir unserer eigenen Zwecke halber einige Blicke verwenden wollen, da glücklicherweise ein von Linsenbarth selbst geschriebener ungeschlachter Bericht von der Sache in wunderlichem fremdartigen Dialect, aber jedes Wort davon wahr, auf uns gekommen ist**).

Berlin bleibt, man muß es gestehen, trotz allem Lesen in den armen pedantischen Büchern, ein dunkler leerer Gegenstand; Deutschland ist dunkel und leer: und welch' ein Bild von Friedrich als König oder als Mensch kann sich eine menschliche Vorstellung auch aus den vierzig blinden Säcken oder aus vierhundert dergleichen schaffen? Ein geringfügiges Abenteuer jenes armen Individuums des Namens Linsenbarth, Candidatus Theologiae, eines der Aermsten aller Sterblichen, das aber in allen Stücken wahr und glaubhaft ist, gleitet zufällig quer durch all' Das heran; und wie der Schimmer eines armen Nachtlichts, oder angezündeten Strohhalms, zeigt uns dasselbe auf Augenblicke ein sichtbar Ding, greifbar, wie es lebte und webte. Bei solchem großen Mangel an anschaulichen Hilfsquellen wird Linsenbarth, wenn ich ihn dem neueren Leser treu verdolmetschen kann, wohl der Aufmerksamkeit werth sein.

Das Datum von Linsenbarth's Abenteuer ist Juni bis August 1750. „Schloß Beichlingen" und „Dorf Hemmleben" sind in der thüringschen Gebirgsgegend (Weimar nicht weit davon gen Osten): der Held selber, ein langer unbeholfener hagerer Geselle, ist vielleicht schon seit nahe an 40 Jahren ein Candidat der Theologie, oder Geistlicher ohne Pfründe. Ernährt sich vermuthlich durch Unterrichtgeben — der billigste Schulmeister, der sich nur denken läßt, dessen Gehalt fast Nichts ist — in den Dörfern der Umgegend; in dem Dorfe Hemmleben in der letzten Zeit; sein Alter ist, wie ich entnehme, einundsechszig Jahre, die er in diesen beengenden, aber keineswegs verlassenen Verhältnissen verlebt hat. Also hier ist Veteran Linsenbarth von Hemmleben, eine Art thüringischer Dominie Sampson*); dessen Unterredung mit einem solchen Mitmenschen, wie Friedrich, König von Preußen, lesenswerth sein dürfte, — wenn ich sie gehörig abkürzen kann.

Also es begab sich im Jahre 1740, in diesem unbekannten Dorfe Hemmleben, daß der würdige alte Pastor Cannabich starb; der würdige alte Mann, wie er dort bescheiden, fleißig, frugal, hauptsächlich vom Landbau nebst Tabak und Gottesgelahrtheit, gelebt hatte, ein bescheidener Segen für seine Mitgeschöpfe! Und nun ist er todt und seine Stelle vacant. Hundert Thaler jährlich fest; nehmen wir an hundert Thaler, nebst Pfarrgeld, Schweinestall, Hühnerhof: wer wird das Alles nun bekommen? Linsenbarth beginnt mit seiner Erzählung in allem Ernste.

Linsenbarth, der vielleicht des seligen Cannabich's Gehilfe gewesen und nun arbeitslos war, sagt: „Keine Gedanken waren bei mir, das Pastorat zu prostitiren, aber was geschah? Der Herr Graf v. Werthern zu Schloß Beichlingen, der Patron der Hemmlebenschen Kirche, schickte seinen Lehnsdirektor" (der Titel erweckt verschollene Gedanken an Mahlzwang, Frohnarbeit, Leistungen in natura), „seinen Lehnsdirektor Kettenbeil in mein Logis. Dieser brachte einen gnädigen Gruß von seinem Herrn, und es wäre mir ja allbekannt" (sintemal der vortreffliche Cannabich leider das Zeitliche gesegnet hat!) „daß das Hemmlebensche Pastorat vacant sei. Es hätten sich verschiedene Competenten supplicando dazu gemeldet; der Herr Graf aber hätten noch zur Zeit Keinem das fiat ertheilt, sondern auf mich gewartet — „ich würde mich doch auch melden?" Weil ich aber das nicht gethan, so wolle er (der Herr Graf) mir aus eigener Bewegung, vor allen Anderen, das Pastorat hiermit conferirt haben!" —

„Das war ja ohne allen Streit vocatio divina, welche mit unterthänigstem Dank anzunehmen! Allein der hinkende Bote kam nach. Der Kettenbeil fing an, er müsse mir sub rosa sagen, die Frau Gräfin von Werthern wolle durch diese Beförderung ihre Kammerjungfer versorgt wissen; die müßte ich heirathen und mit ihr zugleich die Pfarre beziehen."

Huh! Da hinaus wollen also die gnädige Frau auf ihrem Schloß drüben? Linsenbarth will nichts damit zu thun haben. „Auf einmal fiel mir der Muth", sagt er; „denn da ich hörte, daß es hieß: Do ut facias, facio ut facias, Willst du die Pfarre, so nimm die Quarre, — so replicirte ich: „Ich bedanke mich bescheidentlich, Herr Lehnsrichter, für eine solche Vocation! Und warum? Die Vocation muß libertatem haben, es darf kein vitium essentiale sich dabei befinden, sondern muß in essentiale richtig sein, sonst kann kein redlicher Mensch sie mit gutem Gewissen annehmen. Und das wäre ja eine gezwungene Ehe, daraus Inconvenientien entstehen könnten!" Hört Linsenbarth, in seinem buntscheckigen Dialect, mit dem gesunden Herzen, der lieber hungern will, als gewisse andere Dinge thun! Kettenbeil ging nach Hause, und es fand sich ein anderer Candidat, der sich die gezwungene Ehe

---

*) Aus dem 4. Bande der Geschichte Friedrich II. von Preußen, genannt Friedrich der Große, von Thomas Carlyle. Deutsch von J. Neuberg. Berlin 1865. Verlag der Königlichen Geheimen Oberhofbuchdruckerei. (R. v. Decker.)

**) Durch Rödenbeck, Beiträge, I. 463 ff.

*) Der Pädagog in Walter Scott's Guy Mannering.

alle jene Mittheilungen, welche dieselbe zur Ausübung der ihr gesetzlich zustehenden Controle benöthigt, alsogleich und vollständig zukommen zu lassen.

Diese Anträge gelangen abgesondert zur Verhandlung und werden ohne Debatte angenommen; nur vor der Abstimmung über Antrag 2 ergreift

Finanzminister v. Plener das Wort: Die vorliegenden Anträge umfassen Punkte, welche schon größtentheils aus Anlaß früherer Berichte der Controlcommission in Verhandlung gelangt sind. Indem er sich auf das bereits damals Gesagte beziehe, bemerke er nur noch, daß er die näheren Auseinandersetzungen über die bereits besprochenen und neu hinzugetretenen Punkte sich für jenen Zeitpunkt vorbehalte, wo die Beschlüsse beider Häuser dahin vorliegen werden, daß der Finanzminister die betreffende Rechtfertigung zu liefern habe. Was die Aufforderung, gewisse Mittheilungen zu machen, betreffe, erkläre er, daß er von jeher bereit war und es auch fortan sein werde, jene Nachweisungen ununterbrochen und ohne Aufenthalt der Controlcommission zu liefern, welche den bestehenden Gesetzen entsprechen und in dieser Richtung so weit zu gehen, bis er an jene Grenze kommen würde, welche dann eintreten werde, daß an die gelieferten Nachweisungen Folgerungen geknüpft würden, die mit dem Staatsgrundgesetze und dem organischen Gesetze über die Wirksamkeit der Controlcommission nicht vereinbar wären. Uebrigens müsse er bemerken, daß manche Differenzen zwischen dem Finanzministerium und der Controlcommission hätten vermieden werden können, wenn die Art und Weise des von der Controlcommission angeschlagenen Tones eine mildere gewesen wäre.

Abg. Herbst muß diesen der Control-Commission gemachten Vorwurf zurückweisen. Die Control-Commission habe stets jenen Ton einzuhalten gewußt, den sie den verantwortlichen Räthen der Krone schuldig gewesen sei; daß sie mit allem Ernste und Nachdruck darauf gedrungen habe, daß nichts verschwiegen werde, was doch endlich an's Tageslicht kommen müßte, werde man ihr nicht zum Vorwurf machen wollen.

Es folgt der Bericht des Finanzausschusses über den Gesetzentwurf, betreffend die Tilgung der Bankschuld und die Bedeckung der Staatserfordernisse in den Jahren 1865 und 1866.

Berichterstatter Abg. Herbst bespricht den Gegenstand an der Hand des gedruckt vorliegenden Berichtes, welchen er in einigen Punkten commentirt und vervollständigt.

Der Ausschuß beantragt: Das hohe Haus wolle: 1) den angeschlossenen Gesetzentwurf annehmen; 2) beschließen, es sei in eine weitere Creditbewilligung in so lange nicht einzugehen, als nicht die Finanzgesetze für 1865 und 1866 in verfassungsmäßiger Weise zu Stande gekommen sind; 3) dem Finanz-Ausschusse für 1866 auftragen, daß er mittlerweile die Regierungsvorlage einer eingehenden Berathung unterziehe, sich jedoch dabei nicht auf die materielle Prüfung der einzelnen Posten beschränke, sondern vielmehr auch diejenigen Garantien ermittele und formulire, welche nothwendig und geeignet sind, die Wiederkehr solcher Vorkommnisse, wie sie in den Jahren 1863, 1864 und 1865 stattfanden, unmöglich, sowie die Grundsätze der Verfassung, daß Staatsschulden nur mit vorgängiger Zustimmung des Reichsrathes contrahirt werden dürfen und daß die Staatsschuld unter die Controle des Reichsrathes gestellt ist, zur Wahrheit zu machen, endlich zu bewirken, daß die Verwendung der nur für bestimmte Zwecke bewilligten Credite für andere, als diejenigen Zwecke, für welche sie bewilligt wurden, verhindert werde.

In der General-Debatte ergreift zuerst Abg. Taschek gegen die Ausschußanträge, das Wort. Er ist gegen die Bewilligung des Credits und und stellt den Antrag, das Haus wolle in die angetragenen Creditbewilligungen nicht eingehen, den Finanzausschuß aber beauftragen, den Bericht über die Regierungsvorlage, betreffend die Tilgung der Bankschuld und die Bedeckung des Staatserfordernisses in den Jahren 1865 und 1866 des ehestens zu erstatten, hierin sämmtliche Bedingungen und Garantien anzugeben, unter welchen die Creditbewilligung ertheilt werden könnte und durch Einsichtnahme in die Verhandlungsakten sich die Ueberzeugung zu verschaffen, ob bezüglich des unterbliebenen Verkaufes der für das Jahr 1864 zum Verkaufe bestimmten Staatsgüter der Finanzverwaltung nicht ein Verschulden zur Last falle. (Der Antrag wird unterstützt.)

Abg. Kinsky (Eugen): Die vom Hause in der Adreßdebatte von der Regierung verlangte Umkehr sei bisher nicht eingetreten, sondern im Gegentheile sei durch den bisher von der Regierung eingeschlagenen Weg die Lage noch schwieriger geworden. Das letzte Mittel, um diese Umkehr zu erzwingen, sei die Verweigerung der nöthigen Gelder. Redner glaubt annehmen zu können, daß noch Kassabestände zur Deckung des Juli-Coupons da seien. Die Anträge des Finanzausschusses müsse er als werthlos bezeichnen, das bloße Zustandekommen der Budgets für 1865 und 1866 werde weder den Staatscredit noch die Finanzen heilen. — Redner findet die vom Finanzausschusse verlangten Garantien nicht für genügend, er werde deshalb für den Antrag Taschek stimmen.

Abg. Schindler (gegen) glaubt, man dürfe die Schuld an der gegenwärtigen Situation nicht einzig und allein auf den Finanzminister wälzen, denn es sei nicht glaublich, daß der Finanzminister dem gesammten Ministerium die Finanzlage verborgen habe. Die Besserung des gegenwärtigen Zustandes liege nur im „Bessermachen"; könne dies die Regierung nicht, so habe das Haus eine Garantie für ein Besserwerden nur dann, wenn jene Männer, welche bisher die Zügel der Regierung führten, abtreten. Er habe heut nur gesprochen, um die Solidarität der Verantwortlichkeit der Regierung zu constatiren. Nicht blos eine ungünstige Finanzgebahrung trage zur gegenwärtigen Situation bei, auch die auswärtige Politik habe nichts für die Besserung der Finanzlage gethan. Dasselbe gelte von der Aufstellung und dem Rahmen des Kriegsheeres, eben dasselbe von einer den Erfordernissen der Zeit noch immer nicht entsprechenden Administration. Redner tadelt, daß die Regierung so wichtige Vorlagen in einem Momente einbringe, wo der Schluß der Session bevorstehend sei, bemerkt aber, alles Drängen werde nichts nützen, denn der Reichsrath sei nicht gewillt, der Thätigkeit von Landtagen zuliebe, die sich bisher außerhalb des Verfassungslebens gehalten haben, in einer so wichtigen Periode seine Thätigkeit zu unterbrechen. Er stimme gegen die Bewilligung von 13 Millionen.

Die Generaldebatte wird geschlossen.

Antrag des Abg. Taschek wurde abgelehnt, und nach kurzer Spezialdebatte werden die Anträge des Finanzausschusses angenommen.

Nächste Sitzung morgen.

Italien.

Florenz, 19. Juni. [Der König] ist gestern nach San Rossore abgereist. — In Palermo ist eine Volksversammlung abgehalten worden, um gegen die Unterhandlungen mit Rom zu protestiren. — Gestern fand in Turin eine Volksversammlung der Arbeitergesellschaften statt für die Bildung einer politischen Arbeitergesellschaft im Hinblick auf die politischen Wahlen. — Man meldet aus Pisa unterm 15. Juni, daß das Meeting gegen die Unterhandlungen mit Rom Fiasco gemacht hat. Die Redner waren der Stadt fremd, die Zuhörer wenig zahlreich. Die Ruhe ist nicht gestört worden. — Die „Patria" von Neapel will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die Pest in Egypten sich ausgebreitet hat. Dasselbe Blatt fügt hinzu, daß seit einigen Tagen in Neapel sehr viele plötzliche Todesfälle vorkommen.

Frankreich.

Paris, 19. Juni. [General Klapka.] Im „Avenir national" veröffentlicht General Klapka folgendes Schreiben an Herrn Born, einen der Redacteure des genannten Blattes:

Paris, 18. Juni 1865.

Lieber Freund! Heute Morgen aus London angekommen, lese ich im „Avenir national" von gestern Ihre Note in Betreff eines Briefes aus Genf, in welchem vier unserer verbannten Landsleute gegen ein angebliches Manifest protestiren, welches ich im Interesse der österreichisch-ungarischen Versöhnungsversuche veröffentlicht haben soll. Sie haben Recht, die Existenz eines solchen Documents vollständig zu bestreiten. Ich habe nichts veröffentlicht, nichts geschrieben, nichts, wenn es auch sein mag, gesagt, welches dem von den österreichischen Journalen zu einem leicht zu begreifenden Zweck verbreiteten Gerüchte die geringste Begründung geben könnte. Sie kennen und theilen übrigens die Gefühle, welche uns rathen, für den Augenblick einfache Zuschauer bei den Verhandlungen zu bleiben, welche man zwischen Pesth und Wien anzuknüpfen sucht. Ganz der Ihrige Klapka.

Paris, 20. Juni. [Der häusliche Streit. — Die algierische Frage.] Die Kaiserin hat den Triumph, daß Prinz Napoleon sich förmlich um die Zurücknahme der angenommenen Demission bewirbt und die Prinzessin Clotilde sogar sich dazu verstehen mußte, in den Tuilerien um gutes Wetter zu bitten. Vorläufig bleibt der Kaiser spröde, obgleich er die speciellen Eigenschaften eines guten Ausstellungs-Präsidenten im Prinzen nicht verkennt. Die Gegner des Palais Royal suchen nun die Candidatur des kaiserlichen Prinzen als eine besondere Genugthuung der Kaiserin durchzusetzen, und lassen sich in den Blättern auch für die Erhebung der Kaiserin zur perpetuirlichen Regentin, so oft der Kaiser Paris verläßt, vernehmen. Der Schlußakt der letzten Regentschaft, der Generalpardon für die Blätter, ist nachträglich auch auf die algierische Presse ausgedehnt worden. Die „France" lenkt heut die Augen ihrer Leser auf einen phrasenreichen Artikel der in Paris wieder zu hohen Gnaden gelangten „Europe", worin die absurde Behauptung aufgestellt wird, „die Lösung der algierischen Frage sei der Anfang der Lösung des orientalischen Problems." Erstens ist die algierische Frage für Frankreich noch lange nicht gelöst, da es sich um neue Experimente handelt, welche gefährlicher als je sind, und zweitens ist der Kaiser, wenn er Algerien einmal wirklich als eine Machtverstärkung besäße, noch lange nicht Herr von Marokko, Tripolis, Egypten und dem ganzen Orient. Die „Europe" hat es leicht, wenn sie das ganze Mittelmeer nebst allem, was darum und daran hängt, dem Kaiser zu Füßen legt: es kostet ihr nichts, und aus türkischem Leder haben Unberufene von jeher gut Riemenschneiden gehabt; aber die Stimme der „Europe" wird der französischen Colonie auch nicht Einen deutschen Auswanderer zuführen; man lacht über die Wichtigthuerei mit einem Blatte, wonach in Deutschland kein Hahn kräht. Uebrigens ist der Kaiser viel zu klug, als daß er sich von so plumpen Schmeicheleien fangen lassen und die orientalische Wunde in einem Momente, wo er im Westen genug zu sorgen hat, wieder aufreißen sollte: er würde nicht weniger als Alle, mit Ausnahme des Kaisers Max allerdings, gegen sich haben.

Paris, 20. Juni. [Rührende Scene. — Zur Arbeitseinstellung.] Bekanntlich hielt Jules Simon vor einigen Tagen im gesetzgebenden Körper eine längere Rede über das in dem pariser Gefängnisse La Roquette, wo die minderjährigen Sträflinge gefangen gehalten werden, herrschende Regime. Diese Rede scheint nun die Kaiserin bestimmt zu haben, diesem Gefängnisse einen Besuch abzustatten. Zum Wenigsten begab sie sich heute Morgen in Begleitung des Ministers des Innern in das genannte Gefängniß, um es zu besichtigen. Wie der „Abend-Moniteur" erzählt, war ihr Besuch ein ganz unerwarteter. „Die Kaiserin" — so sagt derselbe — „besuchte der Reihe nach alle Theile des Gefängnisses, da sie selbst sehen wollte, auf welche Weise die Gefangenen behandelt würden. Nach dieser langen und genauen Inspection, während welcher sich die Kaiserin ohne Aufhören nach allem erkundigte, was die Moral und das Wohlergehen der jungen Gefangenen betrifft, besuchte sie ohne Ausnahme alle Zellen, welche von den Kindern besetzt sind. Sie besuchte auf diese Weise 500, und befragte Jeden über sein Alter, seine Familie, seine Antecedentien und das Regime des Gefängnisses. Die Güte, mit welcher sich Ihre Majestät nach den geringsten Einzelheiten des Lebens und der Fehler der Kinder erkundigte, machte auf dieselben einen so tiefen Eindruck, daß sie alle in Thränen zerflossen (außerordentlich rührend!), als die Souverainin, die in die Tiefe ihres Gefängnisses hatte hinabsteigen wollen, sie verließ, indem sie Worte des Trostes und der Hoffnung zurückließ. Mehr als Einer wird gewiß diesem erhabenen Besuche seine Rückkehr zum Guten verdanken; mehr als Einer hat sich dazu verpflichtet. Ihre Majestät verbarg keineswegs ihre tiefe Rührung und die Zeugen dieser Scene konnten sich nicht enthalten, das allgemeine Gefühl zu theilen. Die Kaiserin blieb vier Stunden im Gefängnisse." — Von Brest sind 600 Matrosen nach Toulon abgegangen. Dieselben sind zur Bemannung der Transportschiffe bestimmt, welche Verstärkungen nach Mexico bringen sollen. Der Director der „Compagnie impériale des voitures", Herr Ducoux, tritt heute endlich in die Oeffentlichkeit, und zwar mit einem Schreiben, welches die „Opinion nat." veröffentlicht. Er dementirt darin zuerst die Nachricht, daß er und Emil Pereire vom Kaiser empfangen worden seien, und sucht dann zu beweisen, daß die Kutscher keineswegs soviel zu bezahlen haben, als gesagt worden sei. Hr. Ducoux behauptet, es würden ihnen nur 60 C. abgezogen. Dies aber ist vollständig falsch, da die Kutscher für die Reinigung ihrer Wagen u. dgl. bezahlen müssen. Da sie gewöhnlich erst gegen 1¼ oder 2 Uhr Nachts nach Hause kommen, Morgens um 7 Uhr wieder nach ihrem Depot abgehen müssen, so kann man ihnen unmöglich zumuthen, daß sie auch noch ihre Wagen reinigen u. dgl. Dafür müssen sie aber die Stallknechte rc. der Gesellschaft bezahlen, welche, wenn sie diesen kleinen Nutzen nicht hätten, übrigens kaum ihr Leben fristen könnten. Außerdem sind dieselben auch genöthigt, dem sogenannten Garçon des Surveillant an der Station 10 C. zu bezahlen, wenn sie frühstücken und diniren gehen. Davon sagt Hr. Ducoux jedoch nichts. Was den Surveillant und den Garçon (es ist des ersteren Gehilfe) betrifft, so sind dieselben von der Stadt bezahlt und gehören der Polizei-Präfectur an. Die ersteren erhalten 1200, 1300 und 1500 Fr. pro Jahr, werden gekleidet und erhalten außerdem 120 Fr. pro Jahr für Büreaukosten. Die Garçons erhalten 2 Francs pro Tag, und sind natürlich genöthigt, auch die Kutscher zu schröpfen, um leben zu können, und diese müssen geben, denn der „Garçon", obgleich er nur 60 Fr. per Monat erhält, macht sich immer das Doppelte. Davon spricht Hr. Ducoux nicht, greift aber die Kutscher an, die er beschuldigt, einen Theil der Einnahmen zu unterschlagen. Wie man aus dem Briefe des Hrn. Ducoux ferner ersieht, wird die Compagnie nicht nachgeben. Wie Hr. Ducoux darthut, würde die Mehrausgabe beinahe 3 Mill. betragen und die Gesellschaft genöthigt sein, Geld aufzunehmen, um ihren Manco zu decken. Daß das Schreiben des Herrn Ducoux den gewünschten Effect auf's Publikum hervorbringen wird, ist kaum zu glauben, denn Paris hat mit großer Energie Partei für die Kutscher gegen die Gesellschaft genommen, und gestern mußten mehrere Fiaker, die sich an den Stationen eingefunden hatten, die Flucht ergreifen, weil man sie zu mißhandeln drohte. Die betreffenden Fiaker wurden jedoch nicht von den gewöhnlichen Kutschern der Gesellschaft geführt, sondern von den Stallknechten und Kutscherlehrlingen. Unter den neuen Rosselenkern der Gesellschaft befanden sich auch einige englische Kutscher, die Commissionaire (Eckensteher) zur Seite hatten, welche ihnen den Weg durch die pariser Straßen zeigten. Die Actionäre der „Compagnie impérial des voitures" sind über die ganze Sache sehr ungehalten und wollen bei den Gerichten einkommen, damit die Gesellschaft unter Sequester gestellt werde. Ueber die Beschlüsse der Verwaltung hört man noch nichts. Es ist die Rede davon, die Omnibus-Gesellschaft mit der anderen Gesellschaft zu fusioniren. Das ist aber kaum glaublich, denn die Unzufriedenheit würde dadurch in hohem Grade gesteigert werden. Unbegründet ist es, daß die Bäcker und die Kellner der Café's und Restaurationen schon jetzt ihre Arbeiten einstellen wollen. Dagegen wollen die Beamten der Gasverwaltung, in ihrer jetzigen Gestalt ebenfalls eine Schöpfung des Credit-Mobilier, ihre Arbeiten einstellen.

Spanien.

Madrid, 19. Juni. Der „Correspondencia" zufolge hat General Prim sich nach Caprera begeben, um Garibaldi zu besuchen, während dem in Barcelona erscheinenden „Telegrafo" zufolge ein Besuch bei seinem alten Freunde Omer Pascha der Zweck seiner Reise wäre. Die „Correspondencia" meldet ferner, daß ein Wagen mit Waffen und Munition, 2 Kanonen und 92 Bomben in die Hände der Bürgerwehr gefallen sind. Die Regierung hat sich geweigert, die von dem General-Capitän von Valencia begehrte Untersuchung in Bezug auf sein Verhalten bei dem neulich stattgehabten Erhebungs-Versuche anzustellen.

Belgien.

Brüssel, 19. Juni. [Der Herzog und die Herzogin von Brabant] werden hier im Laufe dieser Woche wieder von England eintreffen und so voraussichtlich den Gerüchten, zu welchen diese neue Reise Veranlassung gegeben hat, ein Ziel setzen. Der Umstand, daß der muthmaßliche Thronfolger kaum von England zurückgekehrt war, als er, diesmal in Begleitung seiner Gemahlin, einen zweiten Ausflug zu dem britischen Hof machte, gab zu der Vermuthung Anlaß, daß dabei wichtige Angelegenheiten im Spiel seien. Am Hof behauptet man, die jetzige Reise bezwecke, dieselben vertraulichen Beziehungen zwischen der Herzogin und der Prinzessin von Wales in's Leben zu rufen, wie die, welche bis jetzt zwischen den beiden Kronprinzen Englands und Belgiens bestanden, da der König bekanntlich ein sehr großes Gewicht auf die Freundschaft der beiden Dynastien legt. Andererseits aber schreibt man die freiwillige Abwesenheit der herzoglichen Familie gewissen Conflicten zu, welche seit einiger Zeit im Schooße der königlichen Familie obgewaltet haben, und auf welche ich nicht weiter eingehen möchte. Jedenfalls scheint die beabsichtigte Reise des Grafen von Flandern in's Ausland diese Conflicte zu bestätigen; diese Reisen sind um auffallender, da der König sich seit einigen Tagen wieder weniger wohl befindet. (N. Z.)

---

gefallen ließ, „daraus", nach Linsenbarth's Erachten, „Inconvenientien entstehen könnten".

„Und das hat der Hofmann, der nach mir mit beiden Händen zugegriffen, endlich erfahren", fährt Linsenbarth fort. „Denn das lose Ding von Hofschränzchen hat diesen Mann täglich gemartert, so daß er binnen drei Jahren, im 30sten Lebensjahre, ins Gras hat beißen müssen", was eine inconvenientia war, die alle anderen in sich schloß. Ich aber hatte legitimam causam, cum tali conditione die Vocation auszuschlagen.

„Das ist denn gar zu übel aufgenommen worden. Ich wurde in der thüringischen Gegend für einen eigensinnigen tollen Menschen ausgeschrieen. Der Herr Graf v. Werthern, hieß es, hätte mir aus eigener Bewegung, ohne mein Gesuch, ein Amt angeboten, und das wäre eine rara avis, ein seltenes Beispiel; ich aber hätte das so gnädige Anerbieten trotzig und verwegen ausgeschlagen. Kurz, es wurde mir (von gutmüthigen Freunden) unter die Augen gesagt, daß man nimmer weiter an mich denken wollte;" — das allgemeine Stimmrecht entscheidet auf die Weise klar gegen den armen Linsenbarth.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Brief Heckers aus Amerika.

Darmstadt, 12. Juni. Durch die Güte eines Freundes ist die „Hess. L.-Ztg." in die Lage versetzt, folgenden interessanten Brief Heckers über die amerikanischen Verhältnisse aus dem vorigen Monat (14. Mai) wortgetreu mitzutheilen. Hecker schreibt:

Mein lieber Freund!

Ein müßiger Spaßvogel hat sich die Zeit genommen, die züricher Consulats-Ente in die Welt zu schicken. In meinem ganzen Leben habe ich nie um ein Amt nachgesucht, und bin denn doch nachgerade zu alt, um jetzt anzufangen, und angetragen werden sie in unserer ämterjägerischen Zeit Niemanden, da für das kleinste Aemtchen schockweise die Candidaten sich herbeidrängen. Sie müssen also verzichten, mich in consularer Eigenschaft wieder zu sehen. Ich hatte vor, eine Reise nach der alten Welt nach Beendigung des Krieges zu machen, um einem meiner Söhne eine europäische Erziehung geben zu lassen, und hänge noch fest an dieser Idee. Allein so leicht wird es mir nicht, da meine Farm meiner Anwesenheit sehr bedarf. Ich hatte vor, hier auszuverkaufen und nach der Schweiz überzusiedeln, wo mir mehr wissenschaftliche Erholung zu Gebote stände, als hier. Die ruchlose Rebellion ist nun zu Ende, und unsere Cavallerie hetzt Davis und die anderen Mordhallunken, und ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß er gefangen und gehängt wird. Das infame Mordcomplot gegen Lincoln, Seward u. s. w. wird nun gründlich untersucht, und es wird sich zeigen, was für eine Mörder-, Mordbrenner-, Diebs- und Schurkenbande das sogen. Confederate-Government war. Bewundern Sie die Kraft und Machtentfaltung unserer republikanischen Institutionen. Ohne Waffen, ohne Heer, knapp an Geld, getheilt im Norden, Verrath und Verschwörung daselbst aller Arten. Den europäischen Mächten zum Trotze haben wir die colossalste Rebellion, die je über die Weltbühne schritt, niedergeworfen, das heilige Palladium der Freiheit von dem schwarzen Schand- und Blutfleck gereinigt, den Moloch der Sclaverei erwürgt, und die Sterne und Streife flattern rein und frei hoch am Maste, über den Bayonneten unserer weitergebräunten, stahlharten Veteranen und den Thürmen des Landes. Mit welcher Gelassenheit und Opferbereitwilligkeit gab das Volk seine Kinder und sein Geld, wie freudig trägt es die gewaltige Steuerlast, und was steuerte es noch freiwillig in fairs und ähnlichen Sammlungen für die Krieger im Felde, die Kranken im Lazarethe, die Krüppel daheim, die Frauen, Wittwen und Waisen. Halte ich die knauserigen Schleswig-Holstein-Sammlungen gegen die Millionen, welche freiwillig und rasch nur in den vier fairs zu Newyork, Boston, Chicago und St. Louis gesteuert wurden, bedenke ich, daß ursprünglich nur ein Theil des nördlichen Volkes den Riesenkampf trug, wie kleinlich erscheinen, diesem Kampf um die Freiheit der Unterdrückten, der Verachteten gegenüber, dieses Vereinlen, Schießen, Singen und Tanzen. Wir sind aus diesem furchtbaren Kampfe hervorgegangen als ein mächtiges Kriegervolk zu Land zu Meer. Unsere Industrie hat sich in gewaltigen Dimensionen entwickelt, Erfindungen, welche es ermöglichten, durch Greise und Knaben die Erzeugnisse der Urproduction zu vermehren, während wir mit unseren Söhnen die Schlachten schlugen, folgten in rascher Aufeinanderfolge, und wir dürfen mit Stolz wie vormals die Römer das gewuchtige Wort aussprechen: „Ich bin ein Amerikaner!"

Verkennen Sie die Tragweite dieses Sieges republikanischer Institutionen nicht. Als Lincoln so schändlich ermordet war, besuchten mich sofort zwei Freunde, die besorgt waren um die Zukunft, da der Mord in der höchsten Krisis begangen wurde. „Das Volk lebt noch, das Volk ist nicht ermordet; seid unbesorgt um die Zukunft." Und so ist's gekommen. Welche Erschütterungen würde ein solcher Fall in Staaten und Stätchen anderwärts hervorgerufen haben, inmitten einer Krisis? Die Deutschen haben klug gethan, ihr Geld in unseren 5.20 — 10.40 — 7.30 anzulegen. Bedenken Sie nur, daß unsere Geldproduction allein sich auf 60—68 Millionen beläuft, also allein unsere Staatsausgaben deckt, folglich Zölle und Steuern zur Verzinsung, Amortisirung der Staatsschuld weitaus hinreichend sind. Und welche Reichthumsquellen in Petroleum, das offenbar allerorten in dem weiten Becken zu Alleghany und Mississippi vorhanden ist. Rechnen Sie gefälligst die Staatsschulden Oesterreichs, Englands, Frankreichs und Italiens, von anderen Staaten und Stätchen nicht zu reden, zusammen, betrachten Sie die durch vieltausendjährige Cultur ausgebeuteten Ressourcen und vergleichen Sie damit diesen jungfräulichen Boden, wo die freie Thätigkeit des Individuums in schrankenloser Freiheit sich entfalten kann, heute im Gewühle von New-York, übermorgen in den wilden Thälern des Alleghanys, bald in den rauhen Fluren und unerschöpflichen Kohlenlagern des Mississippibeckens, oder den Gold- und Silberbetten Idahos, Nevadas, auf und ab den Mississippi, den Columbia, den Rio Grande. Ich begreife den Haß der Aristokratie Europa's, ich begreife ihn; denn ich kenne den kecken Muth, das unerschütterliche Selbstvertrauen, die Lust an aller Wagniß unserer Jungen, und seit der Dampf die Oceane verbindet, ist Great-Britain keine Insel mehr, sie ist dem Festlande annectirt.

Die Armee wird nun bis auf 160,000 Mann entlassen. Glauben Sie nur, sind erst die wetterbraunen Gesellen wieder zwei Monate daheim, mit wildem Hurrah griffen sie wieder zum Schwerte, gegen wen es auch sei. Und diese Männer sind nicht nach erschöpfendem Marsche beim Bauer, beim Städter einquartiert worden. Sie haben ein Bivouacleben der härtesten Art durchlebt. Im strömenden Regen, durch Sumpf und Wald und Fluß, haben sie sich heute Abend am Feuer hingelegt, ihre karge Ration verzehrt, und schon 4—5 Uhr des folgenden Morgens bliesen die Hörner und rollten die Trommeln zum Aufbruch. Das ist kein Kriegsvolk, wie ein anderes. „Bin bei Düppel mitgewesen", ist ein rühmendes Wort. Mein Gott, wenn die Herren erst wüßten, wo wir alle dabei gewesen! Nehmen Sie mein 82. Illinois-Regiment und was auf seinen Fahnen steht.

Ich werde abgerufen, es ist Besuch gekommen. Leben Sie wohl! Mit herzlichem Gruße Ihr

Hecker.

Großbritannien.

London, 19. Juni. [Der Schluß des preußischen Landtages.] Schon gestern Morgen war die Nachricht vom Schluß der parlamentarischen Session in Preußen hier bekannt, und der „Observer" brachte einen Auszug aus Hrn. v. Bismarck's Vertagungsrede. Doch finden wir heute das Ereigniß bis jetzt nur im „Globe", der „M. Post" und der „Daily News" besprochen, ein Zeichen, wie sehr das Interesse an den inneren Angelegenheiten Deutschlands nachgelassen, oder die Sucht, schnell fertig mit dem Urtheil zu sein, sich gemäßigt hat. Die Betrachtungen der genannten Blätter sind in Sprache und Haltung von der Art, daß sie für preußische Preßverhältnisse nur den dürftigsten Auszug erlauben.

[Die Zahl der polnischen Flüchtlinge,] welche auf englischem Boden ein Asyl gefunden haben, leider aber zum größten Theil in sehr bedrängten Verhältnissen leben, ist vor einiger Zeit durch die Ankunft einer Schaar von Polen, die in Oesterreich detinirt gewesen waren, noch vermehrt worden. Auf Anordnung der österreichischen Regierung waren sie über Hamburg nach England gebracht und in Hull hilf- und mittellos ans Land gesetzt worden. Die Unglücklichen standen so ohne einen Heller Geld und nicht einmal der Landessprache mächtig, auf fremder Erde und wären dem Hungertode verfallen, wenn sich nicht die Privatmildthätigkeit und die hiesigen Polenvereine ihrer angenommen hätten. Graf Zamoyski richtete einen Brief an den Schatzkanzler und überreichte Lord Palmerston eine Petition, um Unterstützung für die Flüchtlinge zu erwirken, welche in Folge des letzten Aufstandes in Polen Zuflucht zu England genommen haben. In Bezug auf dieses Gesuch hat das Schatzamt jetzt dem „literarischen Verein der Freunde Polens" angezeigt, daß die erbetene Unterstützung gewährt werden soll; jedoch seien nur diejenigen Ankömmlinge in Betracht zu ziehen, welche durch die Unterdrückung der letzten Insurrection zur Uebersiedelung nach England gezwungen worden, nicht die schon vor dem Aufstande eingewandert seien; ferner müsse entweder die Unfähigkeit, eine Beschäftigung aufzufinden, oder Krankheit, Gebrechlichkeit, hohes Alter als Grund der Unterstützungsbedürftigkeit nachgewiesen werden. Das Schatzamt hat ein Comite ernannt, welches die nöthigen Untersuchungen vornehmen soll.

[Die Kohlengrube New Bedwellty] bei Tredegar in Süd-Wales ist der Schauplatz eines schrecklichen Unglücks gewesen; 46 Männer und Knaben waren in einem abseits gelegenen Stollen beschäftigt, als sich eine Ansammlung von Gasen entzündete; 26 der Arbeiter verloren das Leben; die übrigen wurden, theilweise auch von Brandwunden bedeckt, noch zeitig ausgegraben. Seit der furchtbaren Explosion bei Risea, welcher 142 Menschenleben zum Opfer fielen, war kein Unglück von solchem Umfange in jenem Bezirke von Süd-Wales vorgekommen.

Rußland.

⊙ **Warschau**, 20. Juni. [Das Rescript wegen des Laternentragens. — Confessionelle Paßeintragung.] Eine Bekanntmachung des Oberpolizeimeisters lautet wie folgt:

„Aus den täglichen Rapporten der Polizeimeister der Stadt wahrnehmend, daß seit einiger Zeit die Zahl der Personen sich bedeutend vermehrt hat, die zur Nachtzeit ohne Laternen ausgehen, obwohl sie hierzu Erlaubnißkarten nicht besitzen, um dieser, mit den Vorschriften des Kriegszustands nicht verträglichen Willkührlichkeit vorzubeugen, finde ich mich genöthigt, die Einwohner Warschau's zu warnen, daß von nun an Personen solcher Kategorien (sic!), abgesehen davon, daß sie von der Polizeidienerschaft angehalten (verhaftet), noch außerdem einer empfindlichen Geldstrafe unterliegen werden. Warschau, den 6. (18.) Juni 1865. Baron Fredryks."

Auf unsern Rath in der „Breslauer Zeitung", daß die Behörde, um die im Publikum circulirenden Gerüchte von der Verwendung der Klöstereinkünfte, auf andere als Schulzwecke, zu beseitigen, das Budget dieser Gelder veröffentlichen möge, erwidert der „Dziennik", daß eine solche ungebührende Verwendung nicht stattgefunden hat. Wir wollen der polnischen Collegin der „Kreuz-Zeitung" auf ihre Schimpfereien nichts erwidern, bemerken ihr aber, daß allgemeine Redensarten zu nichts nützen. Nur Zahlen können den Verdacht des Publikums widerlegen. In einem andern Punkt gestehen wir, theilweise nicht gut unterrichtet gewesen zu sein. An dem hiesigen Eisenbahnhofe giebt es wirklich kein besonderes Judenbuch, vielmehr werden jüdische Pässe, gleich denen der Bauern, in gar kein Buch eingetragen, während der Paß jedes nichtbäuerlichen Christen mit aller Penibilität verzeichnet wird. Wir hatten also doch nicht so unrecht zu sagen, daß die Classification der Pässe nach Religionen geschähe.

Amerika.

Newyork, 6. Juni. [Die Veröffentlichung der Zeugenaussage.] Die Ermittelungen, auf Grund welcher vor einigen Wochen Präsident Johnson den Steckbrief hinter Jefferson Davis erließ, sind jetzt der Oeffentlichkeit übergeben worden. Sie sind so gravirend als möglich. Ein aus Newyork gebürtiger Literat, Namens Sandford Conover, der im Süden lebte, ward dort conscribirt, aber da er zu Besserem, als zum gemeinen Soldaten zu gebrauchen war, zum Büreaudienst im Kriegsministerium zu Richmond commandirt. Von dort ließ er sich als Rebellen-Agent nach Kanada schicken, um mit guter Manier vom Süden wegzukommen, knüpfte aber sofort Verbindungen mit der hiesigen „Tribüne" an, und lieferte ihr die werthvollsten Mittheilungen über das Treiben und die Pläne der Verschwörer in Kanada, die ihn als einen der Ihrigen betrachteten und nicht den mindesten Verdacht gegen ihn hatten, da er sich stets als einen der rabiatesten Secessionisten geberdete. Von diesem Conover nun hat man die detaillirtesten Mittheilungen über das Treiben der in dem Steckbriefe neben Davis genannten Rebellen Saunders, Tucker, Thompson ꝛc. Von dem Letztgenannten ward er selbst aufgefordert, an einem Plane zur Ermordung Lincoln's, sowie des Vice-Präsidenten und der bedeutendsten Cabinetsmitglieder Theil zu nehmen. Am 6. oder 7. April brachte ein Sohn der Wittwe Surrat, welche sich unter den Angeklagten in dem Mordprozesse befindet, Depeschen von Jefferson Davis und seinem Staatssekretär Benjamin an Thompson. Nachdem dieser sie in Gegenwart des Zeugen Conover gelesen hatte, sagte er, mit dem Finger auf die Davis'sche Depesche zeigend: „Nun ist die Sache abgemacht". Diese Depesche bezeichnete als die zu ermordenden Individuen die Herren Lincoln, Johnson, Stanton (Kriegsminister), Chase (Ober-Bundesgerichts-Präsident) und General Grant. „Auf diese Weise", sagte Thompson, „würden die Vereinigten Staaten jeder verfassungsmäßigen Vollziehungsgewalt beraubt werden; denn die Verfassung enthalte keine Bestimmung darüber, wie in solchem Falle die Präsidentschaft zu besetzen sei. (Dies ist vollkommen richtig. Nicht die Verfassung, sondern ein einfaches Gesetz verfügt, daß beim Ableben auch des Vice-Präsidenten der zeitweilige Vorsitzer des Bundessenats die Präsidentschaft übernehmen soll, jedoch nur auf so lange, bis durch eine vom Staatssekretär auszuschreibende Wahl ein neuer Präsident gewählt ist. Aus diesem Grunde scheint man dann auch den Staatssekretär Seward nach dem Leben getrachtet zu haben. Die erbärmliche Einrede englischer Blätter, daß die Rebellen Lincoln's Tod deshalb nicht geplant haben könnten, weil sie ja wissen mußten, daß sie unter Johnson noch schlechter fahren würden, ist reiner Blödsinn. Denn es war ja keineswegs ihre Absicht, daß Johnson am Leben blieb, sondern nur ein von ihnen nicht in Rechnung gesetzter Zufall.) Indem Thompson den Zeugen aufforderte, an der Ausführung des Mordplanes Theil zu nehmen, zeigte er ihm eine Anzahl in Blanco vom Rebellen-Kriegsminister Seddon ausgefertigte Offizierspatente und sagte ihm, daß er jedem Betheiligten ein solches Patent ausstelle, damit er schlimmstenfalls Anspruch auf Behandlung als Kriegsgefangener machen könne und namentlich gegen alle Auslieferungsgesetze geschützt sei. Booth, der im Herbst in Montreal im vertrautesten Verkehr mit Saunders und Tucker gewesen war (ihre Ableugnung dieser Thatsache ist durch die eidlichen Aussagen von drei oder vier Zeugen widerlegt), ward unter der Verschwörerrotte ganz offen als Derjenige bezeichnet, dem die Tödtung Lincolns zugedacht sei. Die Warnung, welche der Zeuge Anfangs März an den Redacteur der „Newyork-Tribüne" richtete, will dieser nie erhalten haben; indessen wäre auch denkbar, daß er sie für eine Mystification gehalten hätte, denn während man jetzt weiß, daß die Mittheilungen Conover's nur zu begründet waren, schien damals, als sie in der „Tribüne" erschienen, die Redaction selbst ein gewisses Mißtrauen dagegen zu hegen und ließ sie halb und halb als „Sensations"-Briefe erscheinen. — Ein anderer Zeuge aber, James B. Merritt, Arzt, der, wie Conover, sich im Vertrauen der Verschwörer befand und welcher ebenfalls zugegen war, als der Brief von Davis vorgelesen ward, der eine ausdrückliche Gutheißung des Mordplans enthielt, ermittelte am 6. April, daß „binnen zehn Tagen" das Complot zum Ausbruch kommen sollte. Sobald er sich aus der Gesellschaft der Bande losmachen konnte, eilte er am 8. zu dem canadischen Friedensrichter Davidson, theilte ihm mit, was er gehört und bat ihn, sofort Nachricht an die Behörden in Washington zu senden. Davidson that es — nachdem der Mord vollbracht war! Ein dritter Zeuge, der Geheimpolizist Montgomery bestätigt in allen wesentlichen Punkten die Aussagen Conovers und Merritts. Die Aussagen wurden Anfangs geheim gehalten, um die Namen der Zeugen nicht bekannt werden zu lassen, da man nicht bezweifeln konnte, daß die Mitschuldigen des Mörders sie auf jede Gefahr hin aus dem Wege schaffen würden. Es ist sehr zu fürchten, daß dies mit Conover geschehen ist. Dieser reiste vor zwei Wochen hier durch nach Kanada, um sich mit einem Muthe, der eher Tollkühnheit zu nennen ist, noch einmal unter die Verschworenen zu begeben, die von seiner Vernehmung nicht wissen konnten, und wollte in drei oder vier Tagen zurück sein, ist aber seitdem spurlos verschwunden, und man fürchtet das Schlimmste für ihn. Die heutige „Tribüne" enthält die Aufforderung an ihn, „falls er noch am Leben sein und diese Zeilen zu Gesicht bekommen sollte", sofort nach Washington zurückzukehren.

Entsetzlich sind die andern, unter dem Schutze der englischen Neutralität in Kanada ausgeheckten Pläne, über welche die genannten drei Zeugen ebenfalls ausführliche Mittheilungen machen. Der in Bermuda durch englische Behörden constatirte Plan des Dr. Blackburn, durch Sendungen infizirter Kleider und Wäsche das gelbe Fieber in die Hafenstädte des Nordens einzuführen, gehörte mit dazu. — Ein anderer Plan, dessen Ausführung eben so wie der Niederbrennung von New-York durch die rechtzeitige Warnung Conovers vereitelt wurde, war die Sprengung des die Stadt New-York mit Wasser versorgenden Aquaducts und die Vergiftung der Wasser-Reservoirs dieser Stadt. Der letztere teuflische Plan war dem Gehirn desselben Scheusals entsprungen, der das gelbe Fieber im Norden einzuführen beabsichtigte, „um die Massen zu lichten. Es ward in dem Conclave der Davis'schen Bevollmächtigten eifrig discutirt. Man fand es indessen zu schwierig, die erforderliche Quantität Strychnin, Arsenik und Blausäure zu beschaffen, ohne Verdacht zu erwecken, und es wurde vorgeschlagen, sich in Europa danach umzusehen.

Solcher Art sind die Pläne, womit die ritterlichen Helden des Südens ihre Freiheit (Sclaven zu halten) zu erringen gedachten, — Pläne, welchen der „Schöpfer einer neuen Nation" seine Zustimmung ertheilte und zu deren Ausführung er Thompson stets bei Kasse erhielt. Eine Aeußerung, die Davis auf seiner Flucht gethan, als er die Nachricht von Lincoln's Ermordung empfing, beweist in Verbindung mit dem Obigen deutlich genug, daß er mit dem Plane einverstanden war. „Wenn es gethan werden sollte", sagte er zu Breckenridge in Gegenwart seines Hauswirthes, „so wäre es besser, es wäre ordentlich gethan worden. Nicht Lincoln allein, sondern auch das Scheusal Johnson hätte fallen müssen." — Wahrlich, jetzt, nachdem man weiß, wie sehr sich Davis der Begründung des in dem Steckbriefe gegen ihn ausgesprochenen Verdachtes bewußt sein mußte, kann man sich kaum darüber wundern, daß er, wie andere gemeine Verbrecher, sein elendes Leben durch schimpfliche Verkleidung zu retten suchte.

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 22. Juni. [Tagesbericht.]

** [Stadtverordneten-Versammlung.] Die heutige Sitzung wurde gegen halb 5 Uhr von dem Vorsteher, Justizrath Bouneß, eröffnet. Aus den einleitenden Mittheilungen heben wir folgende hervor: Partikulier Pöhlmann, welcher einst Mitglied der Versammlung war, ist gestorben; der morgen stattfindenden Beerdigung wird eine Deputation der Stadtv. beiwohnen. Bezüglich des Abbruchs der Remise am Nikolaistadtgraben Nr. 5, welcher nach den magistratualischerseits aufgestellten Bedingungen binnen 10 Tagen erfolgen soll, war ein Schreiben eingegangen, wonach Magistrat wegen dieser unmotivirten und wahrscheinlich mit Opfern verbundenen Beschleunigung interpellirt werden sollte. Stadtv. Dr. Wissowa bemerkte Namens der Schulencommission, es handle sich um möglichst schleunige Gewinnung des Terrains für Errichtung der neuen Realschule und der beiden Mittelschulen. Stadtv. Hayn hält die Frist, wie sie angegeben, für genügend. Stadtv. Rogge ist für die Verlängerung der Frist. Nachdem sich ein Redner gegen die Berücksichtigung anonymer Schreiben ausgesprochen, wurde das vorliegende, dem Antrage des Vorsitzenden gemäß, einfach dem Magistrat überwiesen.

Hierauf wurde ein Dringlichkeits-Antrag, unterzeichnet von den Stadtv. Rogge, Coester, Moeller u. s. w., den Verkauf der eisernen Brücke am Königsplatze betreffend, als solcher anerkannt und berathen. Danach soll Magistrat ersucht werden, er möge eine darauf bezügliche Vorlage an die Versammlung gelangen lassen, da jegliche Veräußerung von Communaleigenthum ihrer Genehmigung bedürfe, und das Ausgebot zum Verkauf sistiren. Stadtv. Rogge hält den Antrag für gerechtfertigt, weil es dem Ansehen und Einvernehmen der städtischen Behörden nicht förderlich wäre, wenn der Verkauf nachträglich abgelehnt werden sollte. Redner erachtet eine anderweite zweckmäßige Verwendung der Brücke für möglich. Stadtverordneter v. Lochow entgegnet, nach Ansichten, die sich in der Baudeputation kundgegeben, werde sich die Brücke nur als altes Eisen verwerthen lassen. Oberbürgermeister Hobrecht erklärt, die Stadtbau-Deputation habe sich ganz entschieden für den Verkauf ausgesprochen; der Magistrat war sich wohl bewußt, daß er der nachträglichen Zustimmung der Stadtverordneten bedürfe, und mußte derselben gewärtig sein, da sich über manche Gründe für den Verkauf jetzt noch nicht öffentlich verhandeln ließe. Stadtv. Samosch beantragte, es möchte dem Magistrat der Vorschlag zur Erwägung übergeben werden, daß jene Brücke am Ausgange der Antonienstraße über den Stadtgraben gelegt werde. Stadtv. Studt erwidert, es sei schon in der Baudeputation erwogen, ob die Brücke in der angegebenen Weise verwendbar wäre. Man habe sich dagegen entschieden, da ihre Construction bei der Lage der Straße nicht geeignet erscheine. Die v. Lochow'sche Besorgniß hält er nicht für gerechtfertigt; die Brücke sei stark im Guß, und werde leicht an irgend einem anderen Orte nützliche Verwendung finden.

Nachdem Stadtv. Rogge sich für die Aufstellung vor dem Ziegelthor geäußert, wogegen sich indeß mehrseitiger Widerspruch erhob, wurde die Abstimmung über den vorliegenden Dringlichkeitsantrag auf den Vorschlag des Stadtv. Lent getheilt. Die Versammlung erklärte sich nun damit einverstanden, daß Magistrat eine den Verkauf der Brücke angehende Vorlage dem Collegium der Stadtverordneten demnächst unterbreite. Dagegen wurden die Vorschläge wegen Sistirung des Ausgebots und Verwendung der Brücke am Ausgange der Antonienstraße verworfen.

Demnächst in die Tagesordnung eingetreten, genehmigte die Versammlung die Ertheilung des Zuschlages für Ausführung der Arbeiten incl. Material-Lieferung zum Kanal in der Teichstraße an den Maurermeister Hoffmann; eben so für die Ausführung der Erd- und Maurerarbeiten incl. Material zum Bau des Gymnasiums auf der Paradiesgasse an den Maurermeister Fr. Illner.

Gelegentlich des letzteren Punktes hatte die Baucommission beantragt, die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, daß er künftig vor dem öffentlichen Ausgebot der Arbeiten die Submissions-Bedingungen der Stadtverordneten-Versammlung zur Genehmigung vorlege.

Hierüber entspann sich nun eine längere und ziemlich lebhafte Debatte, an der Stadtv. Rogge als Referent, Stadtbaurath Zimmermann, Oberbürgermeister Hobrecht, ferner die Stadtverordneten v. Goertz, der einen neuen Antrag stellte, Studt, Severin, Lent, Riemann u. A. sich betheiligten. Nach Verwerfung der Commissions-Vorlage und des v. Goertz'schen Antrages wurde endlich die motivirte Tagesordnung des Stadtv. Lent angenommen, dahin lautend, die Versammlung acceptire dieselbe, da nach der heutigen Erklärung des Oberbürgermeisters der Versammlung das Recht, daß die Submissions-Bedingungen ihrer Genehmigung bedürfen, nicht bestritten wird.

Ferner genehmigte die Versammlung die Ertheilung des Zuschlages für die Pflasterung a) der Neuen Graupenstraße an den Steinsetzmeister Nowack für das Angebot von 950 Thl. 1 Sgr. 10 Pf.; b) der Graupenstraße von der Karlsstraße über den Stadtgraben bis zur Neuen Graupenstraße an den Steinsetzmeister Theyl für sein Angebot von 1702 Thl. 16 Sgr. 6 Pf., für bauliche Ausführungen am neuen Schulgebäude im Minoritenhof, an den Maurermeister Steckel für 1000 Thl., und bewilligte sodann 1340 Thl. für die Umzäunung des vor dem Oderthore gelegenen Communal-Begräbnißplatzes, so wie 2789 Thl. 4 Sgr. 6 Pf. Mehrkosten für die Decklage der Steinbahn auf der Chausseestrecke zwischen der Paßbrücke und der schwoitscher Grenze mit Basalt.

An die Vorlage über den von der Stadtgemeinde zu übernehmenden Neubau der Dombrücke und deren Unterhaltung gegen eine vom königl. Domainen-Fiscus zu zahlende Entschädigung von 40,000 Thlr. knüpfte sich eine kurze Discussion. Stadtv. Rogge vertheidigte als Referent die Vorlage, mit dem Hinweis auf die naiven Ansprüche des Fiscus und auf den Umstand, daß ein magerer Vergleich besser sei als ein fetter Prozeß, der im Falle der Ablehnung wahrscheinlich in Aussicht stehe. Stadtv. Severin will näher dargelegt wissen, wie viel die Mehrkosten des Neubaues betragen werden; er schätzt dieselben auf 50,000 Thlr. Stadtv. Dr. Eger und Guder sprechen sich in gleichem Sinne aus. Nachdem Oberbürgermeister Hobrecht die Vorlage nochmals vertheidigt hatte, wurde dieselbe nach dem Commissionsgutachten angenommen. Danach soll Magistrat ersucht werden, er möge gleichzeitig mit dem Domkapitel wegen Abtretung des erforderlichen Terrains zur Verbreiterung einer ev. neuen Brücke in Unterhandlung treten.

Da die Versammlung nicht mehr beschlußfähig war, so wurde die Sitzung gegen halb 7 Uhr aufgehoben.

—n— [Die Feier des Frohnleichnamsfestes] findet in Breslau bei den verschiedenen Pfarrkirchen an verschiedenen Tagen der Octave statt. Der Dom macht den Anfang (am ersten Festtage); dann folgen: Corp. Christi, St. Vincenz, St. Maria, St. Mauriz, St. Michael, St. Dorothea, St. Matthias. Die letztgenannte Kirche beging heute (als Beschluß) diese Feier und zwar, wie die übrigen Kirchen, in einer des hohen Festes würdigen Weise. Die Predigt hielt Hr. Prof. Dr. Probst, das Pontificalamt wurde von Hrn. Generalvikar, Prälaten Neukirch celebrirt, der auch die Prozession führte. Das Kirchenmusikchor, dirigirt vom Organisten Jantke, war durch eine ansehnliche Zahl tüchtiger Kräfte bedeutend verstärkt. Die Schnabel'schen Stationen sowohl, wie die Messe, wurden vorzüglich aufgeführt und trugen zur Erhöhung der Feierlichkeit nicht minder wesentlich bei, als die zahlreiche Assistenz hiesiger Pfarrgeistlichen im festlichen Ornate. Das mit Birkenbäumchen und Zweigen, Kränzen, Blumen ꝛc. reich geschmückte Gotteshaus war in allen seinen Räumen mit Andächtigen dicht gefüllt.

[Militärisches.] Heute und morgen werden auf dem früheren Schießplatze in Karlowitz über 50 eiserne Lafetten im Feuer probirt und sind demzufolge Distanciers bei Rosenthal und Lilienthal aufgestellt. — Heute ist der erste der schon erwähnten Pulvertransporte hier angekommen.

—* Oberst v. Skopp, welcher aus Berlin hier eingetroffen, wird in den nächsten Tagen Depots und sonstige Etablissements des hiesigen Train-Bataillons besichtigen. Obwohl die neue Kopfbedeckung (niedriger Czako) bei manchen Truppengattungen, wie Jägern und Train, schon seit längerer Zeit eingeführt worden, ist selbige doch für die Landwehr 1. Aufgebots neu, da letztere bekanntlich bei den jüngsten größeren Uebungen i. J. 1860 sich noch mit der alten Ausrüstung, theilweise sogar mit derjenigen der Landwehr 2. Aufgebots behelfen mußte.

□ [Bauliches] Die Passage auf den zwei Dämmen, welche zu beiden Seiten der Schweidnitzerstadtgrabenbrücke über dem Kanal aufgeführt worden sind, ist jetzt für die Fußgänger eröffnet worden. Die Dämme erhalten zu beiden Seiten eine Aufschüttung, um Unglücksfälle zu verhüten. — Am Ufer der schwarzen Ohle in der Nähe der ummauerten Schleuse am obern Bär werden gegenwärtig Ausbesserungsbauten vorgenommen, die mit theilweiser Abstechung des Uferdammes beginnen. — Die Ohle selbst ist in diesem Theile geschlämmt worden. Ein Theil des Schlammes ist auffallender Weise vor und hinter die neue Brücke, welche vom Holzplatz aus über die Ohle nach der projectirten Straße führt, angefahren worden, um als nächste Grundlage für die vorzunehmende Pflasterung dieser Theile zu dienen. Wenn es also bei Regenwetter trotz der Pflasterung genug Schmutz geben wird, darf man sich nicht wundern.

—* [Geselliges.] Das Gartenfest, welches die „Constitutionelle Ressource im Weißgarten" gestern veranstaltet hatte, erfreute sich reger Theilnahme. Bei günstiger Witterung konnte das Concert im Garten stattfinden, wo es von der Schön'schen Kapelle mit gewohnter Bravour ausgeführt wurde. Den Schluß bildete ein Tanzvergnügen, welches den Saal ungemein belebte. Am 9. Juli soll die Extrafahrt der Gesellschaft nach Obernigk und Riemberg vor sich gehen; der Fahrpreis ist pro Mitglied auf 9 Sgr. festgesetzt.

[Unglücksfall.] Gestern Nachmittag verunglückte beim Baden in der Weide (?) ohnweit Wilhelmsruhe hinter Fürstensgarten ein unbekannter Mann, indem er anscheinend, vom Schlage getroffen im Wasser, trotzdem es dort keine bedeutende Tiefe hat, verschwand und nicht wieder zum Vorschein kam. Sein Leichnam wurde später herausgezogen und nach dem Scheitniger Kirchhofe geschafft. Nach der Kleidung zu schließen, die man am Ufer des Flüßchens vorfand, gehörte der Verstorbene den besseren Ständen an und mochte etwa 40 Jahre alt sein.

—* [Sport.] Am vierten berliner Renntage (20. Juni) gewann des Grafen Henckel sen. br. St. „Emiliana" im Oakes-Stakes den ersten Preis von 500 Thlr. nebst 80 Frd'or. Einsätze; ferner im Zuchtrennen des Grafen Alvensleben br. St. „Emeritha" den Vereinspreis von 500 Thlr. nebst 96 Frd'or. Einsätze; im Verkaufsrennen des Grafen E. Lehndorff br. H. „Roodee" 85 Frd'or.; im Rennen um den Staatspreis des Herrn v. d. Lühe br. H. „Doncaster" den ersten Preis von 1000 Thlr.; im Handicap des Herrn Roosen schw. H. „Nabob" 59½ Frd'or.

[Besitzveränderung.] Durch Kauf: das Rustikalgut Bertershof, Kreis Lüben, von Gutsbesitzer Moritz Rutschmann an Gutsbesitzer Kürsten. (Schles. landw. Ztg.)

Dr. A. Die in der Breslauer Zeitung jüngst gebrachte Notiz — die Vergiftung zweier Kinder, angeblich durch den Genuß von Chelidonium Majus herbeigeführt — bedarf einer Berichtigung, welche zugleich eine Warnung herbeiführen soll. — Die Vergiftung ist durch den Genuß der Samenkapseln von Cytisus Laburnum — Goldregen — entstanden. Diese hübsche Zierpflanze, welche als Strauch sehr häufig in unsern Gärten gezogen wird und durch ihre schönen gelben Blüthen auffällt, hat Samenkapseln, welche die Form von Schoten haben. Diese Schoten verleiten eben Kinder natürlicherweise zum Genuß, sind aber verhältnißmäßig sehr giftig, eben so wie die anderen Theile der Pflanze. Man kennt diese Eigenschaft der Pflanze seit nicht zu langer Zeit; um so nothwendiger erschien es uns, auf dieselbe warnend aufmerksam zu machen. — Die durch den Genuß entstandenen Zufälle waren ziemlich heftig, sind aber glücklich beseitigt worden.

♃ **Görlitz**, 21. Juni. [Gymnasial-Jubiläum. — Gehaltsverbesserungen. — Wasserleitung. — Petersthürme.] Zum Jubiläum des Gymnasiums sind sehr zeitgemäß zwei photographische Bilder des alten Klostergebäudes erschienen, das bis vor 10 Jahren dem Gymnasium als Schulgebäude diente. Das eine ist nach dem von dem Maler Tiedge nach einer Zeichnung von Quast gemalten Bilde, das andere nach einer kurz vor Abbruch des alten Gebäudes von einem ehemaligen Schüler der Anstalt gefertigten Zeichnung gearbeitet. So taucht auf einmal das Bild des alten Klosters, von dem hier bisher nur vereinzelte Ansichten existirten, auf einmal

---

Mit einer Beilage.

wieder zahlreich auf, gewiß zur Freude der alten Schüler. — Wie jetzt bestimmt verlautet, wird die vielseitig erwartete Aufbesserung der Gehälter der Gymnasiallehrer auf Anlaß des Jubiläums nicht erfolgen. Ueberhaupt wird eine Regelung in einzelnen Branchen der Verwaltung nicht erfolgen und neuerdings ist auch die Erhöhung der Gehälter der Magistratsmitglieder angeregt. Es ergiebt sich nämlich aus einer Zusammenstellung der hiesigen Gehälter mit denen in anderen Städten desselben Ranges, daß Görlitz auch in dieser Beziehung nachsteht. Und dabei steigert ein Gewerbe nach dem andern seine Preise, erst die Waschfrauen, dann die Holzhacker, dann die Schneider, jetzt auch die Schuhmacher, denn nach den heutigen Ankündigungen können auch die Bemühungen der Schuhmachergesellen als gelungen bezeichnet werden. — Die Versorgung der Stadt mit Wasser beschäftigt die maßgebenden Kreise in lebhafter Weise. Hoffentlich wird man wieder auf das früher verworfene Project, die sehr reichhaltige schönbrunner Quelle nach der Stadt zu leiten, zurückkommen. — Das Comite für den Aufbau der Petersthürme hat sich von Neuem an die Opferwilligkeit der Bewohner gewendet und will demnächst Listen circuliren lassen, um die Summe von 45,000 Thlr., die zur Ausführung des Projects nothwendig ist, durch freiwillige Zeichnungen aufbringen zu lassen. Der Aufruf ist sehr geschickt abgefaßt und wird hoffentlich besseren Erfolg haben, als die bisherigen Bemühungen des Comite's.

≅ **Steinau a. d. O.**, im Juni. [Seminar.] Zu Anfang dieses Monats verließ der bisherige Director des hiesigen Seminars und Waisenhauses, Herr Jungklaaß, die Anstalt, um einem Rufe als königl. Regierungs- und Schulrath in Bromberg zu folgen. Das hiesige Seminar ward zu Michaelis 1849 in bescheidenen Räumen mit einem Cursus eröffnet und der erste Director desselben war der jetzige Regierungs- und Provinzialschulrath Herr Stolzenburg, jedoch nur bis Ostern 1850, worauf Herr Director Jungklaaß folgte. Unter ihm ist das gegenwärtige neue Seminar und das mit demselben vereinigte gräflich von Schlabrendorffsche Waisenhaus erbaut worden, und es hat für den abgegangenen Director viel Arbeit gegeben, die eine rüstige Kraft erforderte, wie er dieselbe schaffend und leitend entfaltet hat. — Der Abschied bei der stattgefundenen Feierlichkeit in der Anstalt konnte nur ein sehr bewegter sein. Nachdem Herr Director Jungklaaß sein Scheidewort tief ergriffen gesprochen, brachte Hauptlehrer Sobolewsky Namens beider Anstalten demselben den Abschiedsgruß dar und wurde dem Scheidenden von Seiten der Lehrer und Zöglinge der Anstalt als Zeichen dankbarer Verehrung das Oeldruckgemälde „Ecce homo" von Raphael in Barocquerahmen nebst einem Gedenkblatt überreicht. Für Gesänge hatte Herr Musikdirector Richter gesorgt. Den Scheidenden begleiten unsere besten Wünsche. Möge er unter Gottes Beistand in dem neuen Wirkungskreise lange und gesegnet wirken! — An die Pfingstferien schloß sich diesmal für die Anstalt die Hälfte der großen Ferien an und auf den 26. d. Mts. soll die Einführung des neuen Directors, des bisherigen Herrn Pastor Wendel aus Schlottau, welcher der Schulwelt bereits durch seine Schriften auf dem Gebiete des Religionsunterrichts bekannt ist, stattfinden.

△ **Brieg**, 21. Juni. [Odermühle. — Communales.] Nachdem unsere große Odermühle in den Alleinbesitz der hiesigen Gebrüder Storch übergegangen ist, taucht das Gerücht auf, daß dieselben mit der Regierung in Unterhandlung getreten sind, um auch die jenseits der Oder gelegene sogenannte „polnische Mühle" durch Kauf zu erwerben. Fiscus ist Besitzer dieser Mühle, und hat selbige bis jetzt verpachtet. Seit längerer Zeit soll aber die Absicht vorhanden sein, sie zu verkaufen. Gelingt es nun den oben genannten Herren, auch dieses Kaufgeschäft abzuschließen, so wäre die Concurrenz, die zwischen beiden erwähnten Mühlen zu Gunsten der hiesigen Bewohnerschaft bisher vorhanden war, mit einemmal beseitigt. — Dem Vernehmen nach steht uns ein großer Verlust bevor: unser verehrter Bürgermeister Herr Dr. Riedel soll von einer der bedeutenderen schlesischen Städte für den Oberbürgermeisterposten daselbst in Aussicht genommen worden sein. Wenn sich dies, bis jetzt allerdings noch dunkle Gerücht, wirklich bestätigt, und Herr Dr. Riedel die auf ihn fallende Wahl annähme, so würde das für Brieg ein herber Verlust sein; umsomehr, da gerade jetzt, wo so viele Schöpfungen in unserem Communalleben durch ihn hervorgerufen worden sind, es einer kräftigen und umsichtigen Oberleitung bedarf, um alle begonnenen Unternehmungen segensvoll für die Stadt zu Ende zu führen. Auch unsere Finanzangelegenheiten, die durch seine Umsicht und angestrengte Thätigkeit einen so bedeutenden und für die Stadt angenehmen Umschwung gewonnen haben, würden durch seinen Abgang einen schwer zu ersetzenden Verlust erfahren, da das Endziel ihrer sich immer noch zum Theil in der Entwickelung befindlichen Reorganisation noch nicht so nahe liegt, und Herr Bürgermeister Dr. Riedel, wenn auch überall, so doch ganz besonders hierin Großes für die Stadt geleistet hat.

☐ **Beuthen OS.**, 21. Juni. [Gymnasium. — Apotheke. — Promenade.] Vorgestern fand hier eine Stadtverordnetensitzung statt, in welcher wieder einmal die Gymnasialfrage als Hauptgegenstand der Tages-Ordnung figurirte. Die Versammlung beschloß: 1) den Magistrat aufzufordern, die Feststellung der Ausfälle, welche durch das Zurückziehen von Zeichnungen für den Baufonds hervorgehen dürfte, zu bewirken. 2) Die offerirten Schenkungen des Herrn Grafen von Schaffgotsch, des fürstbischöflichen Stuhles und der Geistlichkeit des Kreises gesetzeskräftig constatiren zu lassen; 3) auch mit dem Fiskus in Betreff des Staatszuschusses endgiltig zu verhandeln; 4) eine Commission zu ernennen, bestehend aus den Herren Nockisch, Guttmann, Hensel, Schitting und Wehorski, die durch Magistratsmitglieder verstärkt werden soll, um einen geeigneten Bauplatz ausfindig zu machen. Der Jahresetat ist nach vorläufigem Calcül auf 10,900 Thlr. festgesetzt. Wie mitgetheilt wird, soll in Folge eines neulichen Referats in einer der schlesischen Zeitungen über die Concessionirung einer zweiten Apotheke am hiesigen Orte die beregte Angelegenheit von der zuständigen Behörde ernstlich in Aufnahme gebracht worden sein und diesmal sichere Aussicht auf Erfolg haben. — Mit lobenswerther Rührigkeit wird jetzt an dem Fortbau unserer Promenade gearbeitet.

△ **Leobschütz**, Mitte Juni. [Eisenbahn-Angelegenheit.] Wenn auch die Ansichten über die Rentabilität der projectirten Bahnlinie Leobschütz-Neisse-Frankenstein lange getheilt waren und das Zustandekommen derselben dadurch verzögert wurde, so geht wohl die allgemeine Ueberzeugung jetzt dahin, daß die Rentabilität jener Bahn gesichert und die Frage über die Fortsetzung derselben nur eine Frage der Zeit sei. Ueber kurz oder lang muß diese Bahn ausgeführt und dadurch den Interessen dreier höchst industriellen Kreise Rechnung getragen werden. Da die oberschlesische Bergbau-Hilfskasse die Zinsgarantie eines Theils des auf 6 Mill. veranschlagten Bau-Capitals für die betr. Bahnstrecke zu übernehmen Willens ist, so steht zu erwarten, daß die Entnahme der zu emittirenden Prioritäts-Actien den gewünschten Fortgang nehmen werde. — Zwar hat der benachbarte Kreis Neustadt ein wesentlicheres Interesse an dem Eisenbahnunternehmen, als wir, da dem Getreideverkehr einerseits ein rascherer und billiger Communicationsweg eröffnet wird, und andererseits dem stets sich steigernden Kohlentransport ein Aufschwung ohne Gleichen in Aussicht steht. Allein auch uns muß der Weiterbau am Herzen liegen, damit endlich die allgemeinen und gerechten Klagen über die zur Verzweiflung bringende Langsamkeit des ratibor-leobschützer Bahnzuges aufhören, was nur dann geschehen kann, wenn wir besondere Personen- und besondere Güterzüge bekommen, während jetzt die gemischten Züge die Schuld an der langsamen Fahrt tragen. Ein zweiter Uebelstand, von dem uns die Fortführung der Bahn befreien würde, ist der, daß wir jetzt, Sommer und Winter genöthigt sind, Frühmorgens um 4¼ Uhr auf dem Bahnhofe zu sein und das Vergnügen haben, in Ratibor zwei Stunden und darüber ganz unnützer Weise uns aufzuhalten. Das würde und müßte auch anders und dem reisenden Publikum bequemer eingerichtet werden. — Welcher Steigerung der lediglich durch die Eisenbahn so mächtig geförderte Kohlenverkehr in unserem und den mit einer Bahn zu versorgenden Kreisen fähig sei, ergiebt sich aus der Thatsache, daß seit der Eröffnung der Ratibor-Leobschützer Bahn vor 8 Jahren der Kohlentransport von 37,000 Tonnen im ersten Jahr in stetiger Progression bis über 200,000 Tonnen im letzten Jahr hierorts gewachsen ist. Auch müssen wir das Bekenntniß ablegen, daß die Stadt Leobschütz ohne die Eisenbahn nicht zu dem Aufschwunge gekommen wäre, dessen sie sich jetzt erfreut, und der mit jedem Jahre im Zunehmen begriffen ist. Außer dem enormen Getreideverkehr kommt die Bahn besonders den in großartiger Weise hier bestehenden Wollwaaren-Fabriken zu statten.

Nachrichten aus dem Großherzogthum Posen.

Pleschen, 20. Juni. [Verschiedenes.] Vergangenen Mittwoch wurde im Walde bei Psynni die Leiche eines Mannes gefunden, der nach dem Sectionsbefunde durch einen Schuß ins Gesicht sein Leben verlor. Ob ein Selbstmord vorliegt, war nicht zu ermitteln, doch scheint gegen die Annahme eines solchen die Thatsache zu sprechen, daß in der Nähe der Leiche keine Schußwaffe gefunden wurde. Wer der Todte sei, ist nicht bekannt. Niemand weiß in hiesiger Gegend über seine persönlichen Verhältnisse Auskunft zu geben. Wahrscheinlich ist er aus Polen. — Vorige Woche verlor ein zweijähriges Kind in Taczanow durch Verbrennen sein junges Leben. Unbeaufsichtigt war es in der dasigen Ziegelei in die Nähe eines Feuers gekommen. Mit brennenden Kleidern flüchtete es noch ins Freie, konnte aber, da keine Hilfe kam, seinem traurigen Schicksale nicht entgehen. (Pos. Z.)

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

≏ **Breslau**, 21. Juni. [Stadtgerichts-Deputation.] Der Viehhändler Weiß bat den Agenten Heisler im Anfange dieses Jahres, ihm Geld zu verschaffen, welches er zum Einkaufe von Vieh brauche. Heisler erklärte sich hierzu bereit, wenn W. einen Wechsel ausstellen wolle. Hierauf begab er sich zu dem Klemptnermeister Jaretzki und hat, wie er behauptet, diesen gefragt, ob er wohl geneigt sein würde, den betreffenden Wechsel unterzubringen. Als derselbe hiermit sich einverstanden erklärte, hätte er ihm einen von Heisler ausgestellten und von Weiß acceptirten Wechsel in Höhe von 60 Thlr. zur Verwendung in der verabredeten Art übergeben. Diesen Wechsel hat J. nicht verkauft, sondern dem Commissionär Hahn in Zahlung gegeben. Es erhielt demnach Weiß nicht das gewünschte Geld. Deswegen verlangte er den Wechsel zurück. Er erfuhr jedoch, daß der Wechsel weitergegeben sei, welcher überdies am Verfalltage protestirt wurde. W. machte Anzeige bei der Staatsanwaltschaft und es wurde gegen J. die Anklage wegen Unterschlagung erhoben. Der Angeklagte erklärte sich für nichtschuldig. Heisler habe ihm keineswegs den Wechsel zum Verkauf für Weiß, sondern in Zahlung für eine alte Schuld von über 50 Thalern gegeben. Obgleich Heisler leugnete, in dieser Höhe Schuldner des Angeklagten gewesen zu sein, so mußte er doch in der mündlichen Verhandlung auf Vorhalten zugeben, daß derselbe ihn einmal durch Bürgschaft für eine Schuld von 25 Thlr. aus dem Schuldgefängniß befreit, sowie daß er einen Wechsel von 50 Thlr. für ihn eingelöst hatte. Es wurde ferner durch den Zeugen Stuckateur Metzke bekundet, daß Heisler von einer Summe, welche er für den Angeklagten einkassirt hatte, ein Darlehn an einen Dritten gemacht hatte. Außerdem ergab sich, daß Heisler wegen Unterschlagung schon zweimal bestraft worden ist und daß ihm früher die Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 1 Jahr entzogen worden war. — Die Aussagen des zweiten Belastungszeugen, Weiß, waren wenigstens in einem Punkte sehr schwankend. Da nämlich seitens des Angeklagten behauptet worden war, daß nicht W., sondern dessen Frau die Unterschrift unter den Wechsel vollzogen habe, erklärte W. auf Befragen einmal, sie rühre von ihm her, dann von seiner Frau, und erst als ihm von dem Präsidenten die eventuellen nachtheiligen Folgen seines Zeugnisses vorgehalten wurden, gab er an, daß er mit Bewilligung seiner Frau unterschrieben habe. Die Auslassung der Frau Weiß, welche von der Vertheidigung für nothwendig gehalten wurde, konnte wegen Abwesenheit derselben nicht erlangt werden; auch wurde einem Antrage auf Vertagung dieserhalb nicht stattgegeben. — Ein anderer Punkt, der von der Anklage auch als gravirend hervorgehoben wurde, wurde durch den Angeklagten erfolgreich widerlegt. Es stand nämlich fest, daß er den Wechsel nach erfolgter Protestation eingelöst hatte, und dies wurde seinem Schuldbewußtsein zugeschrieben. Etwas natürlicher aber erklärte sich dieser Umstand dadurch, daß der Angeklagte den als Zahlung gegebenen Wechsel weiter girirt hatte und hierdurch selbst wechselmäßig verpflichtet worden war, weshalb er, um die Kosten und Unannehmlichkeiten eines Wechselprozesses zu vermeiden, den Wechsel eingelöst hatte. — In ausführlicher Rede faßte der Vertheidiger, Justizrath Schröter, alle diese zu Gunsten des Angeklagten sprechenden Momente zusammen und gelangte zu der Schlußfolgerung, daß der Beweis für die Schuld des Angeklagten nicht gelungen, sondern ein sehr zweifelhafter sei, da er lediglich auf dem Zeugniß zweier Zeugen beruhe, deren Glaubwürdigkeit zum Beweise gegen den bis dahin vollkommen unbescholtenen Angeklagten keineswegs ausreiche. Es käme daher der Grundsatz zur Anwendung, in dubio pro reo zu entscheiden, weshalb er die Freisprechung beantragen müsse. Diese erfolgte nach dem Spruche des Gerichtshofes.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

† **Breslau**, 22. Juni. [Börse.] Das Geschäft war auch heute wieder in Amerikanern außerordentlich umfangreich, österr. Effekten matter, Bahnen ohne Umsatz. Oesterr. Creditaktien 82¾, National-Anleihe 69½ Br., 1860er Loose 84, Banknoten 93¾—93½. Amerikaner 79⅞—80¼—80⅛. Fonds fest.

Breslau, 22. Juni. [Amtlicher Produkten-Börsen-Bericht.] Roggen (pr. 2000 Pfd.) steigend, gek. 1000 Ctr., pr. Juni und Juni-Juli 40¼ Thlr. Gld., Juli-August 39¾—40¼—40¾ Thlr. bezahlt und Gld., August-September 40¾—41½ Thlr. bezahlt, September-Oktober 41½ bis 42¼ Thlr. bezahlt, Oktober-November —, November-Dezember —.

Weizen (pr. 1000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Juni 48 Thlr. Gld.

Gerste (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Juni 33½ Thlr. Br.

Hafer (pr. 2000 Pfd.) gek. — Ctr., pr. Juni und Juni-Juli 38¾ Thlr. bezahlt und Br., Juli-August —, August-September —.

Raps (pr. 2000 Pfd.) gek. — Scheffel, pr. Juni 114 Thlr. Gld.

Rüböl (pr. 100 Pfd.) fest, gek. — Ctr., loco 13¾ Thlr. Br., pr. Juni und Juni-Juli 13¾ Thlr. Br., Juli-August $13\frac{5}{6}$ Thlr. bezahlt, August-September —, September-Oktober $14\frac{1}{12}$—⅙ Thlr. bezahlt und Br., Oktober-November ⅙ Thlr. bezahlt und Br., November-Dezember 14⅓ Thlr. Br., April-Mai 1866 $14\frac{5}{12}$ bezahlt und Br.

Spiritus gek. 6000 Quart, loco 14 Thlr. Br., $13\frac{5}{6}$ Thlr. Gld., pr. Juni und Juni-Juli 13¾ Thlr. bezahlt, Juli-August $13\frac{5}{6}$ Thlr. bezahlt und Gld., August-September 14¼ Thlr. Br., September-Oktober 14¼ Thlr. bezahlt und Gld., Oktober-November —.

Zink ohne Umsatz bei unveränd. Preisen.

Die Börsen-Commission.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 22. Juni. Heute fand wieder Ministerrath statt. Durch Beschluß des Staatsministeriums soll das Budget für 1865 festgestellt werden, analog dem vorjährigen, im Nachtrage zum Generalbericht der Budgetcommission mitgetheilten Beschlusse. Die Publication desselben in der Gesetzsammlung ist wahrscheinlich.*) (Tel. Dep. d. Bresl. Ztg.)

*) Vergl. jedoch die depeschirte Mittheilung der „Zeidl. Corresp." D. Red.

Berlin, 22. Juni. Die „Zeidler'sche Correspondenz" schreibt: Die Commission zur Prüfung der Arbeiterverhältnisse Preußens, die von Itzenplitz gelegentlich der Coalitionsdebatte gekündigt wurde, wird Juli zusammentreten. Nach derselben Correspondenz sei ferner eine Octroyirung des Etatsgesetzes nicht zu erwarten. Wahrscheinlich werden der „Staatsanzeiger" und die „Amtsblätter" den Bericht über die Einnahmen und Ausgaben dieses Jahres zur factischen Kenntnißnahme bringen. (Wolff's T. B.)

Wien, 22. Juni. Das „Neue Fremdenblatt" wurde confiscirt wegen eines Leitartikels unter dem Titel: „Ein neuer Staatsminister", in welchem Kaiserfeld zum Staatsminister vorgeschlagen wurde. Der Artikel hat große Sensation erregt. Es geht das Gerücht, Schmerling habe seine Demission gegeben, sie sei aber nicht angenommen worden. (Tel. Dep. d. Bresl. Ztg.)

Petersburg, 22. Juni. Ein kaiserliches Decret verordnet die Ausgabe von vier neuen Serien Schatzscheine im Betrage von zwölf Millionen Rubel zur Deckung des für 1865 vorgesehenen Deficits. (Wolff's T. B.)

Madrid, 22. Juni. Das neue Ministerium ist constituirt: Odonnel ist Ministerpräsident und Kriegsminister, Bermudez de Yastro hat das Auswärtige, Collantes die Justiz, General Zabala die Marine, Martinez die Finanzen, Posada-Sereira das Innere, Marquis de la Vega die öffentlichen Arbeiten, Canovas del Castino die Colonien. (W. T. B.)

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Berliner Börse vom 22. Juni, Nachm. 2 Uhr. (Angek. 5 Uhr 51 M.) Böhmische Westbahn 76¼. Breslau-Freiburg 141½. Brieg-Neisse 89¾. Kosel-Oderberg 59½ B. Galizier 96¾. Mainz-Ludwigsh. 128¼. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 73. Oberschlesische Litt. A. 171½. Oesterr. Staats-Bahn 109¼. Oppeln-Tarnowitz 78¼. Lombarden 131¼. Warschau-Wien 69⅝. 5proz. Preuß. Anl. 105½. Staats-Schuldscheine 91½. National-Anleihe 69. 1860er Loose 84. 1864er Loose 51. Silber-Anleihe 74¼ B. Italienische Anleihe 64½. Oesterr. Banknoten —. Russ. Banknoten 81. Amerikaner 79½. Russische Prämien-Anleihe 87½. Darmst. Credit 91½. Disconto-Commandit 100¾. Oesterr. Credit-Aktien 82½. Schles. Bank-Verein 110¾. Hamburg 2 Monate 151. London 6, 23¾. Wien 2 Monate 92½. Warschau 8 Tage 80½. Paris 80⅞. Fonds fest, still.

Wien, 22. Juni. [Anfangs-Course.] National-Anleihe 74, 90. Credit-Aktien 178, —. London 109, 40. 1860er Loose 90, 60. 1864er Loose 82, 30. Silber-Anleihe 80, —. Galizier 209, 50.

Berlin, 22. Juni. Roggen: schwankend. Juni-Juli 44¼, Juli-August 44¼, Septbr.-Oktbr. 46⅛, Okt.-Nov. 46¼. — Rüböl: fest. Juni-Juli $13\frac{11}{24}$, Sept.-Okt. 14. — Spiritus: schwankend. Juni-Juli $14\frac{11}{24}$, Juli-August $14\frac{11}{24}$, Sept.-Okt. 15, Okt.-Nov. 15.

Inserate.

Abbé Richard's Quellenaufdeckungen.

Herr Abbé Richard war auf Anordnung der königl. Regierung ersucht worden, nachzuforschen, ob im Bereiche der neuen königlichen Gefangenen-Anstalt zu Breslau Quellen trinkbaren Wassers aufzufinden sein möchten.

Herr Richard fand sich am 22. und 24. Oktober v. J. hier ein und bezeichnete:

a. innerhalb der Umfassungsmauern der neuen Gefangenenanstalt einen Punkt, auf welchem sich Wasser, jedoch zweifelhaft, ob trinkbar, finden könnte. (Diese Angabe stimmte genau mit der am 25. Mai ej. gegebenen Bezeichnung des Hrn. Brunnenmeister Heiber, von welcher Herr Richards nichts wußte, überein);

b. in der kleinen Tauenzienstraße wies Hr. Richard, von Südwest nach Südost gehend, also an der Neuen Graupenstraße beginnend und innerhalb des Kürassier-Reitplatzes am Stalle der 4. Escadron aufhörend, 4 Punkte nach, wo trinkbares Wasser zu finden sein würde.

Der Punkt 5 lag für die Aufdeckung, als außerhalb der Straße befindlich, also den Verkehr nicht störend, am bequemsten.

Von diesem Punkte nach Südwesten, 150 und etliche Fuß entfernt, liegt

ein Brunnen, seit 1811 bestehend, 80 Fuß tief, welcher von einem nach Südosten belegenen, gutes trinkbares Wasser gebenden Brunnen (23—24 Fuß tief) 326 Fuß entfernt ist, und seinerseits ist der im Südost belegene Brunnen von dem von Hrn. Richard angegebenen Punkte 376 Fuß weit entlegen.

Aus dem im Jahre 1811 gebauten Brunnen werden die Pferde getränkt.

Herr Abbé Richard hatte angegeben, man würd bei Punkt 5 keine von unten herauf sprudelnde Quelle, sondern von den Seiten rieselndes Wasser finden.

Es ergab sich bei der Arbeit:

a. Mutterboden	3	Fuß,
b. lehmiger, sandiger Boden	2	"
c. gemischter, scharfer, gelber Sand, groß- und kleinkörig	5	"
d. wässeriger Schliessand, grau, gelb, bläulich	8	"
e. wasserhaltiger, blauer, steigender Schliessand	3	"
f. blau-grauer Kies mit lehmigem Sande	2	"
	23	Fuß.

Hier zeigte sich Lette. Aus dem Sand- und Kieslager kam, wie der Herr Abbé angegeben, seitwärts rieselndes Wasser.

Es wurde noch tiefer, bis zu 80 Fuß, als der Tiefe des am Stalle belegenen Brunnens, gegangen, aber mit Ausnahme von zweimal je 1½ Fuß wasserlosen Sandes nichts als Lette gefunden, und daher der Brunnen auf die oben angegebenen 23 Fuß gebaut; Tiefe des im Südost belegenen von diesem Punkte 376 Fuß entfernten Brunnens mit gutem, trinkbarem Wasser. In dem neu gebauten Brunnen (5) ergab sich in einer Stunde 80 Kubikfuß Wasser, also = 2160 Quart Wasser, von welchem der Herr Apotheker Bittner erklärte:

„es habe das gefundene Wasser qualitativ die Bestandtheile eines guten Trinkwassers, doch seien reichlich organische Stoffe beigemengt, welche die Güte beeinträchtigten."

Die letzteren verminderten sich indessen von Tag zu Tag, und es war zu hoffen, daß sie ganz aufhören würden, was auch stattfand. Das Wasser hat indessen einen leisen Nachgeschmack behalten, den ich glaube der Nähe des Pferdestalles beimessen zu dürfen, von welchem aus möglicherweise das Erdreich mit Urin gesättigt sein dürfte.

Sobald die Witterung es zuließ, am 19. April d. J., ward auf einem anderen von Hrn. Abbé Richard bezeichneten Punkte in der kleinen Tauenzienstraße, dem die Nr. 3 beigelegt worden war, zu arbeiten begonnen.

Dieser Punkt lag mitten in einem versumpften Graben, und nach der Angabe des Herrn Abbé sollte hier das reichlichste und beste Wasser gefunden werden, und zwar in Tiefe von 30 Fuß von unten heraufquellend, nicht seitwärts rieselnd.

Wir fanden:

4	Fuß	Dammerde,
10	"	weißen, trockenen Sand,
2	"	feuchten, röthlichen, mit Lehm gemischten Sand,
½	"	schwarze Lette, darunter Wasser,
5½	"	lehmigen, braungelben Sand,
4	"	scharfen, schwärzlich grauen Sand, zuletzt mit erbsengroßen Kieseln vermischt,
4	"	scharfen, lichtgrauen, mit immer stärker werdenden, haselnußgroßen Kieseln vermischten Sand,
30	Fuß,	

dazwischen Steine verschiedener Qualität bis zur Größe von Gänse-Eiern.

Nach der Aufmauerung hatte der Brunnen 14½ Fuß Wasser, das nach tagelangem ununterbrochenen Schöpfen, wobei mehr als 1200 Eimer, à 54 Quart Inhalt, ausgegossen wurden, sich nur um 1 Fuß verminderte, der in der nächsten Viertelstunde sich ersetzte, quellend, wie Herr Richard es angegeben.

Der Hr. Apotheker David erklärt das Wasser für ein sehr reichlich mit Kohlensäure versehenes, trinkbares Wasser.

Der Zufluß hat sich nicht vermindert und der Geschmack des Wassers hat sich nach der am 30. und 31. Mai d. J. stattgefundenen qualitativen Analyse verbessert; und es wird fortan in Gebrauch genommen werden.

Die Angaben des Hrn. Abbé Richard haben sich also hiernach bewährt.

Neue Gefangenen-Anstalt in Breslau, den 18. Juni 1865.

[6852] Der Straf-Anstalts-Director: **Schück.**

Nachklänge zur Kreuzburger Fahnenweihe.

Verklungen sind der Lyra heilige Saiten,
Verstummt des schönen Festes Jubelsang,
Verhallet ist der heiteren Lieder Klang. —
Leb, Kreuzburg, wohl, wir müssen von dir scheiden!

Leb wohl, du traute Stadt, uns werden leiten
Die Brudertreu, die Liebe zum Gesang;
Das Band, das diese Liebe um uns schlang,
Wird dauern bis zu fernen künftigen Zeiten.

Es dauert fort, wenn auch das Banner sinket,
Das heut umrauscht der Brüder Weihgesang,
So lang noch Gottes Sonne freundlich blinket,

So lang' es klingt: „Grüß' Gott mit hellem Klang!"
Und frisch, frei, fröhlich, fromm der Deutsche singet:
„Heil, dreimal Heil dem deutschen Wort und Sang!"

[6872] **2 Oppelner Sangesbrüder H. & S.**

Als Verlobte empfehlen sich:
Anna Fremdling.
Joseph Klein.
Kamitz. Neisse. [6870]

Unsere am 20. d. Mts. in Neisse vollzogene eheliche Verbindung beehren wir uns Verwandten und Freunden hiermit ergebenst anzuzeigen. [6871]
Oppeln, den 22. Juni 1865.
Wilhelm Hauer.
Betty Hauer, geb. **Guler.**

Als Neuvermählte empfehlen sich:
Herrmann Silberstein.
Sophie Silberstein, geb. **Laudau.**
Berlin. [7372] Ober-Sodow.

Heut Früh wurde meine Frau **Marie,** geb. **Lauschner,** von einem Mädchen glücklich entbunden. [7364]
Breslau, den 22. Juni 1865.
Dr. **Wieszner,** Gymn.-Lehrer.

Heute Früh 1½ Uhr wurde meine liebe Frau **Ottilie,** geb. **Karisch,** von einem Mädchen glücklich entbunden. [6908]
Waldenburg, den 22. Juni 1865.
E. Leisner, Lehrer.

Die gestern Abend 10¾ Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner guten Frau **Eugenie,** geb. **Fliegel,** von einem kräftigen Knaben, zeige ich, statt besonderer Meldung, nur hierdurch ergebenst an. [6905]
Liegnitz, den 22. Juni 1865.
Kittler.

[7380] **Todes-Anzeige.**
Nach längeren schweren Leiden entschlief in vergangener Nacht unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, **Charlotte Werner,** geb. **Hartmann,** in dem ehrenvollen Alter von 77 Jahren. Dies zeigen um stille Theilnahme bittend entfernten Verwandten und Freunden an:
Die trauernden Hinterbliebenen.
Breslau, den 22. Juni 1865.

(Statt jeder besonderen Meldung.)
Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß es dem Allmächtigen gefallen hat, unsern innig geliebten Gatten, Vater, Schwiegervater und Großvater,
den Particulier **Pierre Henry,**
nach längerem Leiden gestern Nachmittag 1 Uhr zu sich zu rufen.
Er starb plötzlich an Lungenlähmung in Carlsruhe OS. im Alter von 75 Jahren. Um stille Theilnahme bitten: [7368]
Die Hinterbliebenen.
Breslau, den 22. Juni 1865.

(Verspätet!)
Am 18. d. M. wurde uns unser geliebter Gatte und Vater, **Marcus Bender,** in seinem 67. Lebensjahre durch den Tod entrissen. Indem wir dies unseren Verwandten und Freunden, von tiefstem Schmerze erfüllt, statt besonderer Meldung mittheilen, sagen wir zugleich allen Denjenigen, die uns während der Krankheit des Verblichenen so reichliche Beweise ihrer Theilnahme gegeben, unseren aufrichtigsten und wärmsten Dank.
Gr.-Strehlitz, im Juni 1865. [6878]
Die Hinterbliebenen.

Familien-Nachrichten.

Verlobung: Frl. Johanna Gerlach in Sommerfeld mit Hrn. Pfarrer Johannes Pritzsche in Canig.

Geburten: Ein Sohn Hrn. B. Reling in Berlin, Hrn. Dr. Laseron in London, eine Tochter Hrn. Stadtgerichts-Rath Henke in Berlin, Hrn. Baron E. v. Estorff in Ludom, Hrn. v. Rieben in Tschilesen.

Todesfälle: Hr. Pastor Gustav Richter in Illmersdorf bei Dahme, Hrn. Bernh. Braune in Danzig, Hrn. Gottlieb Fischer in Schkeuditz.

Theater-Repertoire.

Freitag, den 23. Juni. 12. und vorletztes Gastspiel der königl. sächsischen Hofschauspielerin Fräul. **Pauline Ulrich.** Neu einstudirt: **„Viel Lärm um Nichts."** Lustspiel in 3 Akten von Shakespeare. Nach des Grafen Baudissin Uebersetzung von Carl v. Holtei. (Don Pedro, Hr. Mitterwurzer. Don Juan, Hr. Raberg. Claudio, Hr. Ludwig. Benedict, Hr. Fritsche. Leonato, Hr. Rieger. Antonio, Hr. Ney. Hero, Fräul. Heintz. Beatrice, Fräul. Pauline Ulrich. Margarethe, Fräul. Wengraf. Ursula, Frau Heinke. Boracchio, Hr. Jäger. Conrad, Hr. Hintze. Ambrosius, Hr. Weilenbeck. Cyprian, Hr. Meinhold. Der Schreiber, Hr. Puschmann.)

Sonnabend, den 24. Juni. Zweites Gastspiel des königl. würtembergschen Hofopern- und Kammersängers Hrn. **Heinr. Sontheim,** und Auftreten des Frl. **Camilla Norden.** **„Der Troubadour."** Oper in 4 Akten, nach dem Italienischen des Salvatore Cammerano von Heinrich Proch. Musik von Verdi. (Leonore, Fräul. Norden. Manrico, Hr. Sontheim.)

Sommertheater im Wintergarten.

Freitag, den 23. Juni. Erstes Gastspiel der Frau **v. Braunecker-Schäfer,** vom k. k. privilegirten Karltheater an der Wien. 1) **„Eine verfolgte Unschuld."** Original-Posse mit Gesang in 1 Akt von A. Langer und E. Pohl. Musik von Conradi. (Eine fremde Dame, Frau v. Braunecker-Schäfer.) 2) **„Tanz."** 3) **„Nach zehn Uhr."** Soloscene mit Gesang von Ritter v. Steinhauser. (Marie, ein Dienstmädchen, Frau v. Braunecker-Schäfer.) 4) **„Ein Silbergroschen."** Schwank in 1 Akt, frei bearbeitet von Herrmann. 5) **„Tanz."** 6) **„Seunora Pepita, mein Name ist Meyer!"** Schwank in 1 Akt mit Gesang und Tanz von R. Hahn. (Adelaide, Frau v. Braunecker-Schäfer.)
Anfang des Concerts **4** Uhr. Anfang der Vorstellung **6** Uhr.
Nach der Vorstellung Fortsetzung des Concerts.

Die Hinterbliebenen des verstorbenen Kaufmanns **Moritz Sachs** haben ein namhaftes Geschenk zur Vertheilung an Arme an die hiesige Haupt-Armen-Kasse gezahlt, wofür wir im Namen der Empfänger den ergebensten Dank aussprechen. [1105]
Breslau, den 20. Juni 1865.
Die Armen-Direction.

Warnung.
Nachdem mein Sohn **Ernst** das elterliche Haus verlassen hat, so warne ich hiermit einen Jeden, demselben für seine Person als auch auf meinen Namen Etwas zu borgen, indem ich keine dergleichen Schulden bezahle.
Suchodaniez, den 19. Juni 1865.
[6883] **Johann Tix,**
Böttchermeister und Gastwirth.

Die **Auszahlung** der **fälligen Zinscoupons** von posener Provinzial-Obligationen à 5 pCt. erfolgt für **Breslau** bei dem dortigen **Schlesischen Bank-Verein,** was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.
Posen, den 15. Juni 1865. [6784]
Der Ober-Präsident der Provinz Posen, **Horn.**

Bekanntmachung. [1022]
Die term. Johannis 1865 fälligen **Zins-Coupons von hiesigen Stadt-Obligationen** à 4 und 4½ pCt. werden **vom 20. Juni d. J. ab** von unseren Steuer-Erhebern und Kassen an Zahlungsstatt angenommen, insbesondere aber von der Stadt Haupt-Kasse, sowohl in dieser Weise, als durch baare Zahlung der Valuta, realisirt werden.
Breslau, den 3. Juni 1865.
Der Magistrat hiesiger Haupt- und Residenz-Stadt.

Königliche Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Die am 1. Juli d. J. fälligen Zinsen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Stamm-Actien, Prioritäts-Actien und Prioritäts-Obligationen werden im Auftrage der königlichen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden schon vom 15. d. Mts. ab
in **Berlin** bei der **Haupt-Kasse,**
in **Breslau, Liegnitz** und **Frankfurt a. O.** bei den **Stations-Kassen** der diesseitigen Eisenbahn, **an den beiden letzten Orten aber nur bis zum 8. Juli d. J.**
in den Wochentagen von 9 bis 1 Uhr Vormittags, in Berlin jedoch mit Ausschluß der drei letzten Tage jedes Monats, gegen Ablieferung der betreffenden Coupons bezahlt.

Die Coupons sind zu dem Zweck nach den einzelnen Gattungen und Fälligkeits-Terminen geordnet, mit einem von dem Präsentanten unterschriebenen Verzeichnisse einzureichen, welches die Stückzahl jeder Gattung und deren Geldbetrag im Einzelnen und im Ganzen enthält.

Von den bezeichneten Kassen werden ebenso vom 1. Juli d. J. ab die nach der Bekanntmachung der königlichen Haupt-Verwaltung der Staatsschulden vom 12. April d. J. ausgeloosten und gekündigten
252 Stück Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn-Prioritäts-Actien Ser. I. à 100 Thlr.
und 198 " " " " Ser. II. à 62½ "
gegen Quittung und Rückgabe der betreffenden Actien mit den dazu gehörigen, nicht mehr zahlbaren Zinscoupons und Talons realisirt werden.
Berlin, den 6. Juni 1865. [6414]
Königliche Direction der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn.

Der Schlesische Forstverein

wird seine **General-Versammlung** pro 1865 in Brieg **vom 17. bis 19. Juli d. J.** abhalten, daher zum Erscheinen am 16. Juli Abends in Brieg hiermit ergebenst eingeladen wird. — Neu zutretende Mitglieder wollen sich gefällig einige Tage vorher bei dem Unterzeichneten melden. Breslau, den 15. Juni 1865.
[6673] Der Forst-Vereins-Präses **von Pannewitz.**

Die General-Versammlung pro 1865

des Sterbekassen-Vereins für Schlesische Forstbeamte findet **am 18. Juli d. J.,** Nachmittags 4 Uhr, in Brieg statt, wozu die geehrten Mitglieder hierdurch ergebenst einladet:
Breslau, den 16 Juni 1865. **Der Central-Vorstand.** v. Pannewitz.

Bekanntmachung.

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns **Moritz Köhlisch**, Inhabers der Firma **J. F. Köhlisch** hier ist der Kaufmann Gustav Friederici zum endgiltigen Verwalter bestellt und zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist

bis zum 1. Juli 1865 einschließlich festgesetzt worden.

Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein, oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 12. Mai bis zum 1. Juli d. J. angemeldeten Forderungen ist

auf den 13. Juli 1865, Vormittags 10 Uhr, vor dem Kommissar, Stadt-Gerichts-Rath Fürst, im Terminszimmer der ersten Abtheilung, 2 Treppen hoch, rechts,

anberaumt. Zum Erscheinen in diesem Termine werden die sämmtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen zur Prozeßführung bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechtsanwälte Dehr und Brier zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Breslau, den 30. Mai 1865. [1012]

Königl. Stadt-Gericht. I. Abtheilung.

[1052] **Bekanntmachung.**

In dem Konkurse über das Vermögen des Kaufmanns **Julius Landsberg**, Firma: **J. Landsberg** hier, ist zur Anmeldung der Forderungen der Konkursgläubiger noch eine zweite Frist

bis zum 8. Juli 1865 einschließlich festgesetzt worden. Die Gläubiger, welche ihre Ansprüche noch nicht angemeldet haben, werden aufgefordert, dieselben, sie mögen bereits rechtshängig sein, oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zu dem gedachten Tage bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden.

Der Termin zur Prüfung aller in der Zeit vom 20. Mai bis zum 8. Juli 1865 angemeldeten Forderungen ist

auf den 17. Juli 1865, Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissarius Stadtrichter Meischeider, im Terminszimmer der I. Abtheilung 2 Treppen hoch rechts

anberaumt. Zum Erscheinen in diesem Termine werden die sämmtlichen Gläubiger aufgefordert, welche ihre Forderungen innerhalb einer der Fristen angemeldet haben.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abschrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserm Amtsbezirke seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen zur Prozeßführung bei uns berechtigten Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntschaft fehlt, werden die Rechts-Anwälte Justizräthe Bouneß und Hientzsch zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Breslau, den 7. Juni 1865.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [1097]

Die dem Generalmajor der Armee, Freiherrn v. Reitzenstein, zu Görlitz gehörige, zufolge des durch allerhöchste Kabinets-Ordre vom 6. September 1856 bestätigten siebenten Statuten-Nachtrags unterm 18. Semtember 1856 ausgestellte Stamm-Actie der Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn Nr. 23,761 über 200 Thlr. ist demselben verloren gegangen.

Alle Diejenigen, welche an die genannte Actie als Eigenthümer, Cessionare, Pfand- oder sonstige Briefsinhaber irgend welche Ansprüche zu machen habeu, werden aufgefordert, dieselben bei Vermeidung der Ausschließung mit denselben spätestens in dem

am 25. September 1865,
Vormittags 11 Uhr,
vor dem Stadtrichter Kinkeldey,

im Terminszimmer der I. Abtheil, 2 Treppen hoch rechts, anstehenden Termine geltend zu machen, widrigenfalls die Aussertigung dieser Urkunde an Stelle der aufgebotenen und für ungiltig zu erklärenden von Neuem erfolgen wird. Breslau, den 20. Juni 1865.

Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

Bekanntmachung. [152]

Zum nothwendigen Verkaufe behufs der Auseinandersetzung der Miteigenthümer des hier unter Nr. 5 und Nr. 6 Ohlauerstraße und Nr. 78 Schuhbrücke belegenen, auf 104,868 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf. abgeschätzten Grundstückes, haben wir unter Aufhebung des Bietungstermins vom 17. Juli 1865 einen neuen Bietungstermin auf

den 24. August 1865, Vormittags 11 Uhr, vor dem Stadt-Gerichts-Rath Fürst

im Berathungszimmer im 1. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büreau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Breslau, den 6. Januar 1865.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1087] **Bau-Verdingung.**

Die in rund mit 1420 und 2100 Thlr. veranschlagten Maurerarbeiten bei zwei Kanalbauten in der Oder-Vorstadt sollen im Wege der Submission vergeben werden. Bedingungen und Anschläge liegen in der Dienerstube des Rathhauses aus. Angebote mit der Aufschrift: „**Kanalbauten**" sind versiegelt im Bureau VII. des Rathhauses bis zum 28sten d. M., Nachmittags 5 Uhr, abzugeben.

Breslau, den 18. Juni 1865.

Die Stadt-Bau-Deputation.

Auf der Herrschaft Gwosdzian bei Guttentag OS., stehen 100 Stück **fette Hammel** zum Verkauf. [6877]

[1098] **Bekanntmachung.**

Zum nothwendigen Verkaufe des hier in der Ufergasse Nr. 20b belegenen, auf 10,121 Thlr. 15 Sgr. 2 Pf. abgeschätzten Grundstückes haben wir einen Termin auf

den 20. Dezember 1865, Vormittags 11 Uhr, vor dem Stadtrichter Meischeider im Berathungszimmer im 1. Stock des Gerichtsgebäudes anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können im Büreau XII. eingesehen werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Der seinem Aufenthalte nach unbekannte **Bernhard Wuttke** wird hiermit vorgeladen.

Breslau, den 1. Juni 1865.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Nothwendiger Verkauf.

Das dem Partikulier **Carl Flatt** zu Pannwitz gehörige, sub Nr. 95 Lehmgruben belegene Grundstück, abgeschätzt auf 10,583 Thlr. 13 Sgr. 11 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzusehenden Taxe, soll

am 5. September 1865, Vormittags 11 Uhr, vor dem Herrn Gerichts-Assessor Boehme, an ordentlicher Gerichtsstelle im Parteienzimmer Nr. 2,

subhastirt werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre Ansprüche bei uns anzumelden.

Breslau, den 7. Februar 1865. [373]

Königl. Kreis-Gericht. I. Abtheilung.

Bekanntmachung.

In unser Gesellschafts-Register ist bei der Nr. 193 eingetragenen offenen Handels-Gesellschaft **W. Engels & Co.** heute vermerkt worden, [1103]

daß der Gesellschafter Kaufmann **Peter Wilhelm Joseph Engels** am 5. August 1862 gestorben,

daß bis zum 1. Dezember 1864 mit dessen Erben, nämlich:

a. der verwittweten Kaufmann **Engels, Christiane Henriette Franzisca**, geb. **Korte**, zu Breslau,
b. dem Kaufmann **Winand Friedrich Wilhelm Engels** ebenda, bereits Mitglied der Gesellschaft,
c. der verehelichten Rittergutsbesitzer **Migula, Charlotte Caroline Louise**, geb. **Engels**, zu Ober-Gogelau, Kreis Rybnik,
d. der verehelichten Kalkofenbesitzer **Fritze, Charlotte Henriette Franzisca Antonie**, geb. **Engels**, zu Gogolin,
e. dem königl. Feldjäger **Martin Benjamin Georg Friedrich Engels** zu Neustadt-Eberswalde,

unter Ausschluß derselben von der Vertretung die Gesellschaft fortgesetzt worden;

daß mit dem 1. Januar 1865 die ad a—e genannten Personen, der Kaufmann **Wilhelm Engels** jedoch nur soweit er als Erbe des Kaufmanns **Peter Wilhelm Joseph Engels** interessirt, aus der Gesellschaft ausgetreten und hierdurch die Gesellschaft aufgelöst worden, und

in unser Firmen-Register ist Nr. 1658 die Firma **W. Engels & Co.** hier und als deren Inhaber der Kaufmann **Winand Friedrich Wilhelm Engels** hier, heute eingetragen worden.

Breslau, den 10. Juni 1865.

Königliches Stadt-Gericht. I. Abth.

[1104] **Bekanntmachung.**

In unser Procuren-Register ist bei Nr. 137 das wegen Auflösung der Nr. 193 des Gesellschafts-Registers eingetragenen Handelsgesellschaft **W. Engels & Comp.** hier erfolgte Erlöschen der der verehel. Kaufmann **Engels, Franzisca**, geb. **Korte**, hier von der genannten Gesellschaft ertheilten Procura heute eingetragen worden.

Breslau, den 10. Juni 1865.

Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

[1106] **Bekanntmachung.**

Die in unserm Firmen-Register sub Nr. 169 eingetragene Firma **Constantine Schaar** zu Wüste-Waltersdorf ist erloschen.

Waldenburg, den 10. Juni 1865.

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

Bekanntmachung. [1107]

Der Chemiker **Leopold Treutler**, früher zu Rosenthal, jetzt hierselbst, ist durch Erkenntniß des hiesigen Kreis-Gerichts vom 3. Februar 1863 für einen Verschwender erklärt worden.

Die damals erfolgte Bekanntmachung wird in Erinnerung gebracht.

Breslau, den 19. Juni 1865.

Königl. Kreis-Gericht. II. Abtheilung

Nothwendiger Verkauf.

Das der **Theresia**, verehelichten **Nierle**, und dem Gastwirth **Albert Nierle** gehörige Bauergut Nr. 32 zu Wernersdorf, geschätzt auf 9953 Thlr. 18 Sgr. 4 Pf., soll am **30. Dezember 1865**, Vorm. 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Taxe und Hypothekenschein sind in unserer Registratur einzusehen.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuche nicht ersichtlichen Real-Forderung aus den Kaufgeldern ihre Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Gericht zu melden.

Leobschütz, den 8. Juni 1865. [1099]

Königl. Kreis-Gericht. Erste Abtheilung.

Die Firma: **Herrmann Boer** zu Ober-Kühschmalz Nr. 55 unseres Firmen-Registers ist heute gelöscht. [1101]

Grottkau, den 16. Juni 1865.

Königl. Kreis-Gericht. Abtheilung I.

[1202] **Bekanntmachung.**

Das **Conrectorat** an der hiesigen evangelischen Stadtschule, mit welchem neben freier Wohnung ein Gehalt von 300 Thlr. verbunden ist, soll bald wieder besetzt werden.

Qualificirte, pro rectoratu geprüfte Bewerber wollen sich unter portofreier Einsendung ihrer Zeugnisse bis zum 5. Juli d. J. bei uns melden.

Wohlau, den 19. Juni 1865.

Der Magistrat.

Der concentrirte Nahrungsstoff, genannt Wundersaft
des Naturforscher Koch.

Nach jahrelangen Versuchen ist es gelungen, denjenigen **Stoff**, welchen allein die **Natur zum Fortbestehen des Lebens der Menschen** bedarf, ganz bestimmt aufzufinden. Es ist bekannt, daß die **Natur** aus den genossenen **Speisen** nur einen **Auszug** für sich gebraucht und das Uebrige dann ausscheidet. Der Mensch lebt meistens nicht naturgemäß; er läßt sich durch Gewohnheit und Umgangsgenossen zu einer Lebensweise verleiten, welche ihn, je nach der Stärke seiner Körper- und Geistes-Beschaffenheit (es ist keine Frage, daß starke Geister gegen schwache bei gleicher Körperbeschaffenheit zu jeder Zeit im Vortheil sind) früher oder später zu einer verpfuschten und verkehrten Körperbeschaffenheit d. h. in krankhaften Zustand bringen muß. Alles überstürzt sich heut zu Tage in Genüssen. Der erfahrenste und weiseste Arzt kann hier ohne gleichzeitige Aenderung der Lebensweise helfend nur wenig einschreiten.

Der concentrirte Nahrungsstoff, genannt „Wundersaft",

ist ein reich vegetabilisches, vollständig spritfreies, leicht verdauliches, auf das kleinste räumliche Maaß beschränktes, dickflüssiges, syrupähnliches Nahrungsmittel, welches sehr leicht verdaulich, eine merkwürdige Aenderung bei fortgesetztem Genusse im Körper zu Wege bringt. Laut polizeilicher Verfügnug vom 30. September 1854 ist es verboten, selbst irgend ein Nahrungsmittel als beste Nahrung bei Krankheiten anzupreisen, weil auch dies als Anpreisung von Heilmitteln ausgelegt werden kann. Hingegen ist es nach Lage der jetzigen Gesetzgebung erlaubt, alle Briefe, welche man mit Lob angefüllt über die Wirksamkeit dieser Nahrungsmittel, ja auch Heilmittel, erhält, zu veröffentlichen. Ich fordere deshalb alle Menschenfreunde, d. h. Alle, welche es mit der leidenden Menschheit gut meinen, auf, sich von dem Erfolge, bei fortgesetztem Genusse dieses merkwürdigen Stoffes zu überzeugen und zum Besten Aller, mir schriftlich den sicher nicht ausbleibenden Erfolg zur Veröffentlichung zu bescheinigen. [6881]

Wenige Worte über die zur Zeit an der Tagesordnung sich befindenden angepriesenen Heil-Biere, -Schnäpse und -Limonaden. An der Spitze steht Herr **Johann Hoff**. Dieser besteht und wird bestehen, weil Bier ein Nahrungsmittel ist, welches zwar, als gegohrener Stoff, den Magen resp. die Verdauungswerkzeuge in ihrer Thätigkeit beschränkt, denn alle Speisen sollen erst im Körper die Gährung durchmachen und ein häufiger Genuß gegohrener Getränke wird stets die Verdauungswerkzeuge abstumpfen, dennoch aber als ein beliebtes Getränk und Nahrungsmittel sich für immer erhalten wird. Deshalb will ich dem Malzextract den Stab nicht brechen, sondern ihm seine Wirkung gern lassen, **wenn er auch das nie erreichen wird, was der concentrirte Nahrungsstoff leistet**, dem ich hiermit die glänzendste Zukunft prophezeie. Hierauf die Kräuterliqueure und andere Gesundheitsschnäpse, wie sie auch heißen mögen. **Schon der Name Schnaps klingt so verächtlich, selbst in Liqueur eingekleidet, daß der gebildete Mensch die Achseln zuckt.** Freilich sieht man die meisten Menschen bei dem geringsten Anfall von Magen- oder Leibschmerzen ꝛc. sofort in die Kneipe laufen und einen Bittern ꝛc. trinken. Als Medizin von einem tüchtigem Arzt verordnet, wird der Weingeist, frei von den schädlichen Einschlägen der Destillateure und sonstigen Schnapsapotheker, immerhin seine gute Wirkung thun, aber dem freien Willen des Menschen überlassen, wird er der Mehrzahl unbedingt schaden.

Zuletzt noch etwas über den **Königstrank**. Dieser besitzt das Gute, ein ganz harmloses und unschädliches Tränkchen zu sein, **welches sich in jeder Haushaltung für den sechsten Theil seines Preises herstellen läßt.** Ein auf dem Todtenbette sich befindender Mensch kann ohne irgend welche Gefahr von dieser Limonade genießen. **Sie schadet nichts** und ihr größter Nutzen liegt wohl in der Einbildung des kranken Menschen, der durch die schönen Worte der Annoncen resp. durch das Verwerfen jeder Medizin bestochen, sich an's Leben anklammernd, immerhin glaubt, hierdurch gerettet werden zu können. Der Glaube macht wirklich selig. Gönnen wir also Herrn Jacoby sein Geschäft und sagen wir, in zwei Jahren wird sich wohl jede Hausfrau den Königstrank selbst machen.

Jetzt einige Briefe über den Wundersaft:

Herrn E. L. Koch, Berlin, Lindenstraße Nr. 81.
Seit zehn Jahren von der heftigsten Gicht geplagt, ohne das Bett verlassen zu können, wurde ich durch den Genuß Ihres Nahrungsstoffes nach mehreren Wochen von derselben befreit und habe bei fortgesetztem Gebrauche desselben seit daher keinen Anfall gehabt. Mehrere meiner Bekannten gebrauchten denselben ebenfalls mit bestem Erfolg gegen Gicht und Hämorrhoiden und sind ihre Leiden glücklich los. Wir werden Sie recommandiren, wo wir nur können ꝛc.
Lowicz, 2. Februar 1865. v. Benningsen.

Herrn E. L. Koch, Berlin, Lindenstraße Nr. 81.
Seit langer Zeit litt ich so schrecklich an Hämorrhoiden, daß ich schon ganz tiefsinnig war. Zehn Flaschen Königstrank habe ich ohne Wirkung gebraucht. Bei der zweiten Flasche Ihres concentrirten Nahrungsstoffes wurde mir wohler und jetzt bin ich so gesund und lustig, daß meine Freunde mich kaum wiedererkennen.
Berlin, 13. April 1865.
Schönherz, Schneidermeister, Kommandantenstr. 25.

Herrn E. L. Koch, Berlin, Lindenstraße Nr. 81.
Mir sind bei fortgesetztem Gebrauche und nach vergeblicher Benutzung sämmtlicher vorhandenen Essenzen, die Haare auf meinem Kopfe wieder gewachsen.
Grodno, 16. Mai 1865. Hampel, Gutsbesitzer.

Herrn E. L. Koch, Berlin, Lindenstraße Nr. 81.
Meine Tochter hatte einen starken Lungenhusten. Dank Ihrem Nahrungsstoffe, ist sie zum Erstaunen des sie behandelnden Arztes denselben vollständig los.
Berlin, 15. Mai 1865.
Rehländer, Kaufmann, Prinzenstraße 92.

Herrn E. L. Koch, Berlin, Lindenstraße Nr. 81.
Meine älteste Tochter, welche an der Auszehrung litt, ist nach dem Gebrauch von Herrn E. Koch's trefflichem Wundersaft vollständig hergestellt worden.
Berlin, 15. Mai 1865.
George Freiherr Stillfried-Rattonitz.

Die Flasche nebst Gebrauchs-Anweisung 15 Sgr.,
allein zu beziehen bei **E. L. Koch, Berlin, Lindenstraße 81.**

Offenes Rektorat.

Bei der hiesigen evangelischen Vereinsschule ist das Amt eines Rektors offen. Mit der Stelle ist ein Gehalt von 400 Thlr. jährlich verbunden.

Pro rectoratu geprüfte Kandidaten der Theologie wollen sich unter Beibringung ihrer Zeugnisse bei dem Vorsitzenden des Vorstandes, Pastor Letzner, Klingelgasse 1, melden.

Breslau, im Juni 1865. [6729]

Der Vorstand.

[6882] **Bekanntmachung.**

Nach dem Statut der Hülse'schen Aussteuer-Stiftung (von dem in Breslau am 23. März 1863 verstorbenen Kaufmann Israel Hülse und seiner daselbst lebenden Frau Friedericke, geborenen Wiener gegründet) sollen in der daselbst festgesetzten Art aus dieser Stiftung:

armen, unbescholtenen Bräuten jüdischen Glaubens, welche entweder mit den Stiftern verwandt oder aus der Stadt resp. dem Kreise Glogau sind, an ihrem Hochzeitstage nach vorangegangener gesetzlicher Eheschließung (Civilehe) 400 Thlr. als Aussteuer gezahlt werden.

Da am 1. Januar 1866 ein Zinsertrag von 400 Thlr. vorhanden sein wird, werden die berechtigten Interessenten, welche das Benefizium zu erlangen wünschen, aufgefordert, sich bei dem mitunterzeichneten Synagogen-Gemeinde-Vorstande unter Beibringung der erforderlichen gesetzlich beglaubigten Zeugnisse und unter Angabe des Namens des Verlobten bis spätestens den 1. Dezember 1865 schriftlich zu melden.

Spätere Meldungen finden keine Berücksichtigung.

Glogau, den 20. Juni 1865.

Der Synagogen-Gemeinde-Vorstand.
Reisner.
Die Curatoren der Stiftung.
Prausnitz. Moll.

Auction. Montag den 26. d. M. von 9 Uhr an werden neue Taschenstraße Nr. 4, gut gehaltene, moderne **Kirschbaum-, Mahagoni- und andere Möbel, Federmatrazzen, Teppiche, Gardinen und Hotel-Utensilien** öffentlich an den Meistbietenden versteigert. [6890]

E. Reymann, Aukt.-Commissarius.

Brennholz-Auction.

Sonnabend Früh 10 Uhr Neue Weltgasse und Ecke der Nikolaistraße Nr. 16. [7378]

Liebermann's Kalender für Israeliten pro 1866 erscheint Anfang Juli d. J. Buch- und andere Handlungen, welche ihn zu Anzeigen benutzen wollen (Insertions-Gebühren 2 Sgr. pro Zeile) belieben solche bis zum 30. Juni d. J. in der Sulzbach'schen Buchdruckerei, Karlsstraße, golt. Hirschel, abzugeben.

Visitenkarten,

elegant, auf englischem Glaceepapier, in jeder Schriftart, empfehlen billigst: [6714]

Raschkow u. Schönfeld,
Papierhandlung, Albrechtsstr. 10.
Ausw. Auftr. b. 48 Stunden effectuirt.

Das älteste Seebad Deutschlands
der Heilige Damm bei
Doberan in Mecklenburg-Schwerin,
9 Stunden von Hamburg oder Berlin,
Saison 1865, eröffnet am 15. Juni 1865.

Das Bad ist **berühmt** durch seine **anmuthige, nirgends übertroffene** Lage zwischen hohen Buchen- und Eichen-Waldungen, **unmittelbar** am Gestade der Ostsee.

Die Bäder sind **höchst wirksam** wegen des großen **Salzgehalts** und der **Frische des Wassers.** Außer Bädern in offener See, für Damen und Herren getrennt, werden im **Badehause** auch **warme Bäder, Sitzbäder, Douchen, Soolbäder, Schwefelbäder** und alle Sorten **künstliche Brunnen** nach ärztlicher Vorschrift gegeben. Das **Stahlbad in Doberan** hat in neuerer Zeit großen Ruf erlangt.*)

Preiswürdige Wohnungen. Täglich mehreremal Concerte und **wöchentlich Ball, abwechselnd am Heiligen Damm** und **Doberan für Rechnung** der **Intendantur, Theater,** schöne **Parkanlagen** und ausgedehnte **Waldpromenaden. Elegante Ball-** und **Gesellschaftssäle. Lesezimmer.** Vorzügliche **Restauration.** Freie Benutzung der **Böte** und **Schaluppen** zu **Wasserpartien, Pferderennen** im August, **Kaufhallen** am **Heiligen Damm** und **Doberan** ꝛc.

Der großen Frequenz halber ist es rathsam, sich möglichst bald an Herrn Badepächter **Gösch** am **Heiligen Damm** wegen Wohnungen zu wenden.

*) Vide das wissenschaftliche Werk, Seebad und fliegende Blätter vom Heiligen Damm, des Med.-Rath Dr. Körtum in Doberan. [6886]

Wichtig für jede Haushaltung, namentlich auf dem Lande.
Vor Kurzem erschien: [6089]

Die Behandlung Verunglückter
bis zur Ankunft des Arztes.
Im amtlichen Auftrage herausgegeben
von
Dr. E. H. Müller,
Geh. Medicinal-Rathe.
Preis 6 Sgr.

Diese Schrift, welche in Form eines Tableaus gedruckt und mit Holzschnitten versehen ist, behandelt in 7 Abschnitten die Hilfsmittel, welche bei Ertrunkenen, Erhängten, Erstickten, Erfrorenen, sowie durch Blitzschlag Beschädigten anzuwenden sind; sie giebt die Maßregeln an, welche bei Vergiftungen, Verletzungen, Verbrennungen, bei dem Biß toller Hunde sogleich zu ergreifen sind.

Fast alle Regierungen haben diese im amtlichen Auftrage herausgegebene Schrift den Behörden zur weitesten Verbreitung empfohlen.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung; **directe Bestellungen werden franco expedirt, wenn der Betrag durch Postanweisung erfolgt und Bezug genommen wird auf die Anzeige vom 1. Juni.**

Berlin. **Adolph Enslin**, Friedrichsstr. 70.

Der Trojanische Krieg

in plastischen Bildwerken sämmtlicher Helden der berühmten Ilias von Homer, mit klassischer Correctheit in Terrakotta modellirt. — Zur Ansicht und zum Verkauf gestellt in der Glas- u. Porzellanhandlung von

[6901] **Paul Scholz, Junkernstraße 31.**

Gegen Gicht und Rheumatismus

als wirksamstes Mittel: **Waldwoll-Extract** zu Bädern, **Waldwoll-Oel** und **Spiritus** zu Einreibungen, **Gichtwatte** zum Umhüllen. **S. Grätzer,** Breslau, Ring Nr. 4.
Niederlage bei Herrn **Eduard Gross,** am Neumarkt Nr. 42. [6101]

Concert- u. Stutzflügel, Hummerei 17,
Pianoforte-Fabrik von **Mager frères.** [5965]

Preise der Cerealien.

Amtliche (Neumarkt) Notirungen.

Breslau, den 22. Juni 1865.

	feine,	mittle,	ord. Waare.	
Weizen, weißer	70—72	66	—	Sgr.
dito gelber	64—66	62	—	"
Neue Waare:				
Weizen, weißer	63 66	61	58	Sgr.
dito gelber	61—63	59	55—57	"
dito erwachsener	—	54	52—53	"
Roggen	51—52	50	49	"
Gerste	55—57	34	31—32	"
Hafer	29—30	28	27	"
Erbsen	62—65	60	58	"

Amtliche Börsennotiz für loco Kartoffel-Spiritus pro 100 Quart bei 80% Tralles 14 B. 13⅚ G.

21. u. 22. Juni	Abs. 10 U.	Mg. 6 U.	Nchm 2 U.
Luftdr. bei 0°	335'''11	335'''40	335'''18
Luftwärme	+ 11,6	+ 10,0	+ 14,8
Thaupunkt	+ 6,5	+ 6,4	+ 4,8
Dunstsättigung	65pCt.	74pCt.	44pCt.
Wind	NO	NO	NO
Wetter	heiter	trübe	wolkig
Wärme der Oder			+ 14,6

Breslauer Börse vom 22. Juni 1865. Amtliche Notirungen.

Wechsel-Course.		Brief. Geld.
Amsterdam ..	kS	—
dito	2M	—
Hamburg	kS	—
dito	2M	—
London	kS	—
dito	3M	—
Paris	2M	—
Wien öst. W.	2M	—
Frankfurt ...	2M	—
Augsburg ...	2M	—
Leipzig	2M	—
Warschau ...	8T	—

Gold- u. Papiergeld.	Brief.	Geld
Ducaten	96	—
Louisd'or	—	110⅞
Poln. Bank-Bill.	—	—
Russ. dito	81⅝	80⅞
Oesterr. Währg.	93⅝	93⅛

Inländ. Fonds.	Zf	Brief.	Geld.
Freiw. St.-A.	4½	—	—
Preus.A. 1850	4	99	—
dito 1852	4	99	—
dito 1854	4½	102¼	—
dito 1856	4½	102¼	—
dito 1859	5	106¼	—
Präm.-A. 1854	3½	130¼	—
St.-Schuldsch.	3½	91½	—
Bresl. St.-Obl.	4	—	—
dito	4½	—	—
Posen. Pfdbr.	4	—	—
dito	3½	—	—
Pos. Cred.-Pf.	4	96	95½

	Zf	Brief.	Geld.
Schles. Pfdbr. à 1000 Th.	3½	92⅛	91⅝
dito Litt.A.	4	100½	100
dito Rust.	4	100	99½
dito Litt.C.	4	100	—
dito Litt.B.	4	—	100⅝
dito	3½	—	—
Schl.Rentnbr.	4	98⅝	98½
Posen. dito	4	96½	—
Schl.Prv.-Obl.	4½	—	—
Eisenb.-Prior.-A.			
Brsl.-Sch.-Fr.	4	96½	-
dito	4½	101⅞	—
Köln-Mind.IV	4	92 7/12	92 1/12
dito V.	4	92 7/12	—
Ndrschl.-Mrk.	4	—	—
dito Ser.IV.	5	—	—
Oberschles...	4	96¼	—
dito	4½	102¼	—
dito	3½	84	—
Kosel-Oderb.	4	—	—
dito	4½	—	—
dito Stamm-	5	—	—
Inl.Eisenb.-St.-A.			
Brsl.-Sch.-Fr.	4	141½ G.	
Köln-Minden.	3½	—	
Neisse-Brieg.	4	89 B.	
Ndrschl.-Mrk.	4	—	
Obrschl. A. C.	3½	171½ B.	
dito B.	3½	153½ B.	
Rheinische ..	4	—	
Kosel-Oderb.	4	59¾à½bz.B.	
Opp.-Tarnw..	4	78⅔ G.	

Ausländ. Fonds.	Zf	
Poln. Pfndbr.	4	74½ B.
dito Sch.-O.	4	—
Krak.-Obschl.	4	—
Oest. Nat.-A.	5	69½ B.
Italien. Anl..	5	—
Oester. L. v. 60	5	84 bz.B.
dito 64 pr. St. 100 Fl.	—	51½ B.
N.Oest.Slb.-A.	5	74½à73⅝bz.
Amerikaner....	6	79⅝à80⅛,80½ bzG.
Ausländ. Eisenb.		
Wrsch.-Wien.	5	69½à⅝ bz.
Fr.-W.-Nrdb.	4	—
Mecklenburg.	4	—
Gal. Ludw.-B. Silb.-Prior.	5	88 B.
dito St.-P..		96½ bz.B.
Ind.-u. Bergw.-A.		
Schl.Feuer-V	4	—
Min. Brgw.-A	5	36à35½ bz.
Brsl. Gas-Act	5	—
Schl. Znkh.-A	4½	—
dito St.-P	4½	—
Preuss. und ausl Bank-A. u. Obl.		
Schles. Bank	4	110½ G.
Schl.Bank.-V. Hyp.-Oblig.	4½	100 B.
Disc.-Com.-A.	4	—
Darmstädter.	4	—
Oester. Credit	5	82⅝ bz.G.
Posn.Prov.-B.	4	—
Genf.Cred.-A.	4	—

Die Börsen-Commission.

Verantw. Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.